

Wasserwerk der Stadt Rheinbach,
Rheinbach

Wirtschaftsjahr 2014

Bericht

über die Prüfung des
Jahresabschlusses und Lageberichtes zum

31. Dezember 2014

DORNBACH GMBH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft · Steuerberatungsgesellschaft
NIEDERLASSUNG BONN

Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
A. Prüfungsauftrag	4
B. Grundsätzliche Feststellungen	7
Lage des Eigenbetriebes	7
Stellungnahme zur Beurteilung der Lage durch die Betriebsleitung	7
C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	8
D. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung	13
I. Feststellungen zur Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	13
1. Die Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	13
2. Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014	14
3. Der Lagebericht	15
II. Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2014	16
1. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen und sachverhaltsgestaltende Maßnahmen	16
2. Gesamtaussage	16
III. Analyse und Erläuterung des Jahresabschlusses	17
1. Vermögenslage	17
2. Kapitalflussrechnung	21
3. Ertragslage	22
4. Wirtschaftsplan	26
E. Feststellungen aus Erweiterungen des Prüfungsauftrages	29
Feststellungen gemäß § 53 HGrG	29
F. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks und Schlussbemerkung	30

Anlagenverzeichnis

Bilanz zum 31. Dezember 2014	Anlage 1 / Seite 1
Gewinn- und Verlustrechnung für 2014	Anlage 1 / Seite 2
Anhang für das Wirtschaftsjahr 2014	Anlage 1 / Seite 3 - 13
Lagebericht 2014	Anlage 2
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	Anlage 3 / Seite 1 - 2
Aufgliederung und Erläuterung der Posten des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2014	Anlage 4 / Seite 1 - 24
Rechtliche und steuerrechtliche Verhältnisse	Anlage 5 / Seite 1 - 4
Zusammensetzung und Entwicklung der Sonderposten für Investitionszu- schüsse zum Anlagevermögen und der empfangenen Ertragszuschüsse zum 31. Dezember 2014	Anlage 6
Zusammensetzung und Entwicklung der langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten zum 31. Dezember 2014	Anlage 7

**Fragenkatalog zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung
und der wirtschaftlichen Verhältnisse**

**Anlage 8 /
Seite 1 - 16**

Allgemeine Auftragsbedingungen

Anlage 9

A. Prüfungsauftrag

Die Betriebsleitung des Wasserwerkes der Stadt Rheinbach, Rheinbach, erteilte uns mit Schreiben vom 28. Januar 2015 den Auftrag, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 des

Wasserwerkes der Stadt Rheinbach, Rheinbach,

- im Folgenden auch Eigenbetrieb oder Wasserwerk genannt -

unter Einbeziehung der zugrunde liegenden Buchführung sowie den Lagebericht für 2014 zu prüfen und über das Ergebnis der Prüfung in berufsüblichem Umfang zu berichten.

Die Beauftragung erfolgte mit Zustimmung der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen vom 10. Dezember 2014.

Der Eigenbetrieb ist gemäß § 106 GO NRW prüfungspflichtig. Der Jahresabschluss ist entsprechend § 21 EigVO NRW nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Regelungen sowie den Bestimmungen der EigVO NRW zu erstellen. Dieser Bericht ist ausschließlich an das Wasserwerk gerichtet.

Bei unserer Prüfung waren auftragsgemäß auch die Vorschriften des § 53 HGrG zu beachten.

Rechtsgrundlagen der Bilanzierung und Prüfung sind insbesondere:

1. Die Bestimmungen des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches (HGB),
2. die Gemeindeordnung für Nordrhein-Westfalen (GO NW),
3. die Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW),
4. die Verordnung über die Durchführung der Jahresabschlussprüfung bei Eigenbetrieben und prüfungspflichtigen Einrichtungen (JAPrüfVO),
5. das Kommunalabgabengesetz für Nordrhein-Westfalen (KAG NW).

Unsere Berichterstattung erfolgt nach den "Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen" des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf (IDW PS 450).

Darüber hinaus wurde bei unserer Prüfung beachtet:

1. IDW Prüfungsstandard: Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG (IDW PS 720),
2. Prüfungshinweis des Instituts der Wirtschaftsprüfer für die Berichterstattung über die Prüfung öffentlicher Unternehmen (IDW PH 9.450.1),
3. Prüfungshinweis des Instituts der Wirtschaftsprüfer für die Beurteilung der Angemessenheit der Eigenkapitalausstattung öffentlicher Unternehmen (IDW PH 9.720.1).

Über Gegenstand, Art und Umfang der von uns durchgeführten Prüfung berichten wir im Abschnitt C.

Daneben umfasst die Prüfung auftragsgemäß auch die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung (§ 53 HGrG), über die wir im Abschnitt E. dieses Berichts sowie in Anlage 8 zu diesem Bericht berichten.

Im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses wurden wir beauftragt, weitergehende, gesetzlich nicht geforderte Aufgliederungen und Erläuterungen zu einzelnen Posten des Jahresabschlusses abzugeben. Wir haben diese ergänzenden Aufgliederungen und Erläuterungen in der Anlage 4 dieses Prüfungsberichts dargestellt.

Ergänzend wurden wir damit beauftragt, in diesen Prüfungsbericht eine betriebswirtschaftliche Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes aufzunehmen. Diese Analyse haben wir im Abschnitt D. III. dieses Berichts dargestellt.

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Für die Durchführung unseres Auftrages und unsere Verantwortlichkeit sind, auch im Verhältnis zu Dritten, die Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften i.d.F. vom 1. Januar 2002 maßgebend, die diesem Bericht als Anlage 9 beigefügt sind.

Dieser Prüfungsbericht wurde nur zur Dokumentation der durchgeführten Prüfung gegenüber dem Eigenbetrieb und nicht für Zwecke Dritter erstellt, denen gegenüber wir entsprechend der im Regelungsbereich des § 323 HGB geltenden Rechtslage keine Haftung übernehmen.

B. Grundsätzliche Feststellungen

Lage des Eigenbetriebes

Stellungnahme zur Beurteilung der Lage durch die Betriebsleitung

Gemäß § 321 Abs. 1 S. 2 HGB nehmen wir als Abschlussprüfer mit den anschließenden Ausführungen vorweg zur Lagebeurteilung durch die Betriebsleitung im Jahresabschluss und im Lagebericht Stellung.

Folgende Kernaussagen im Lagebericht sind hervorzuheben:

Der Betriebsleiter geht zunächst auf die wirtschaftliche und technische Entwicklung des Wasserwerkes, sowie auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ein.

Im Jahr 2014 wurde ein Gewinn vor Ausschüttung von TEUR 157 erwirtschaftet.
Als Eigenkapitalverzinsung wurden TEUR 166 ausgeschüttet.

Im Bezug auf die zukünftige Entwicklung ergeben sich folgende Chancen und Risiken:

Im Rahmen des Rohrnetzerneuerungsprogramms werden die Potentiale zur Reduzierung der Rohrnetzverluste weiter ausgebaut.

Risiken ergeben sich aus künftigen Erhöhungen des Wasserbezugspreises sowie niedrigeren Verkaufsmengen. Dies könnte zu negativen Veränderungen des Ergebnisses führen. Dennoch sind in der Wasserversorgung keine gravierenden Umsatzeinbrüche zu erwarten. Darüber hinaus stehen zum Ausgleich künftiger Verluste ausreichende Gewinnvorträge zur Verfügung.

Die Darstellung und Beurteilung der Lage des Eigenbetriebes und seiner voraussichtlichen Entwicklung durch die Betriebsleitung im Jahresabschluss und im Lagebericht halten wir für zutreffend.

C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

Im Rahmen des uns erteilten Auftrags haben wir gem. § 317 HGB die Buchführung, den Jahresabschluss, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang, und den Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2014 auf die Einhaltung der deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, der ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und der ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung geprüft.

Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung liegen in der Verantwortung des Betriebsleiters des Eigenbetriebes. Diese beinhaltet auch die gesetzlich zulässige Ausübung von Ansatz- und Bewertungswahlrechten sowie die Einschätzung von Chancen und Risiken.

Ausgangspunkt unserer Prüfung war der von uns geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Vorjahresabschluss. Er wurde am 27. November 2014 festgestellt.

Unsere Aufgabe war es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung ein Urteil über den Jahresabschluss und den Lagebericht abzugeben. Hierbei war auch zu prüfen, ob die Betriebsleitung ihr Ermessen im zulässigen Rahmen ausgeübt hat.

Gem. § 106 Abs. 1 GO NW und der Verordnung zur Durchführung der Jahresabschlussprüfung bei Eigenbetrieben und prüfungspflichtigen Einrichtungen erstreckte sich unsere Prüfung auch auf die Feststellung, ob

1. die Buchführung, der Jahresabschluss und der Lagebericht den gesetzlichen Vorschriften entsprechen sowie die Betriebssatzung und sonstige landesrechtliche Vorschriften beachtet sind,
2. der Lagebericht mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und seine sonstigen Angaben nicht eine falsche Vorstellung von der Lage des Wasserwerkes erwecken,
3. über wirtschaftlich bedeutsame Sachverhalte, verlustbringende Geschäfte und Ursachen von Verlusten berichtet wurde,

4. die Geschäftsführung Anlass zu Beanstandungen gibt,
5. der Betrieb wirtschaftlich geführt wurde,
6. Maßnahmen zur Risikofrüherkennung ergriffen wurden.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 316 ff. HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Durchführung von Abschlussprüfungen vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Buchführung, der Jahresabschluss sowie der Lagebericht frei von wesentlichen Mängeln sind. Im Rahmen der Prüfung werden Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Gliederungsgrundsätze sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil bildet.

Auf der Grundlage eines risiko- und systemorientierten Prüfungsansatzes haben wir zunächst eine Prüfungsstrategie erarbeitet. Diese basiert auf einer Einschätzung des Eigenbetriebsumfelds, Auskünften der Betriebsleitung über die wesentlichen Ziele, Strategien und Geschäftsrisiken, analytischen Prüfungshandlungen zur Einschätzung von Prüfungsrisiken und zur vorläufigen Beurteilung der Lage des Eigenbetriebes sowie einer grundsätzlichen Beurteilung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems des Eigenbetriebes. Es wurden auch unsere Feststellungen aus der vorangegangenen Jahresabschlussprüfung berücksichtigt. Zur Festlegung von Prüfungsschwerpunkten sind daraufhin kritische Prüfungsziele identifiziert und es ist ein Prüfungsprogramm entwickelt worden. In diesem Prüfungsprogramm sind der Ansatz und die Schwerpunkte der Prüfung sowie die Art und der Umfang der Prüfungshandlungen festgelegt. Dabei werden auch die zeitliche Abfolge der Prüfung und der Mitarbeiterereinsatz geplant.

Die in unserer Prüfungsstrategie identifizierten kritischen Prüfungsziele führten zu folgenden Schwerpunkten der Prüfung:

- Anlagevermögen,
- Absatz (Forderungen aus Lieferungen und Leistungen i.V.m. Umsatzerlösen),
- Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und empfangene Ertragszuschüsse,
- Liquide Mittel und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Die Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen umfassten System- und Funktionstests, analytische Prüfungshandlungen sowie Einzelfallprüfungen; die angewandten Verfahren zur Auswahl unserer risikoorientierten Prüfungshandlungen basieren auf einer bewussten Auswahl.

Die Erkenntnisse der Prüfung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems wurden bei der Auswahl der analytischen Prüfungshandlungen und der von uns durchgeführten Einzelfallprüfungen berücksichtigt.

Bei unserer Prüfung nach § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG haben wir den IDW Prüfungsstandard "Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG" (IDW PS 720) beachtet. Dementsprechend haben wir unserem prüferischen Vorgehen insbesondere den darin enthaltenen Fragenkatalog, der mit Vertretern des Bundesfinanzministeriums, des Bundesrechnungshofs und der Landesrechnungshöfe erarbeitet wurde, zugrunde gelegt. Wir verweisen hierzu auf unsere Ausführungen in Abschnitt E. dieses Berichts sowie auf die Anlage 8 zu diesem Bericht zusammengestellten Angaben.

Wir haben die örtliche Prüfung vom 1. bis 11. Juni 2015 in den Geschäftsräumen des Wasserwerkes durchgeführt. Die Fertigstellung des Berichtes erfolgte in unseren Büroräumen.

Alle erbetenen Auskünfte und Nachweise wurden uns von der Betriebsleitung bzw. den von der Betriebsleitung ermächtigten Personen bereitwillig erteilt. Die von der Betriebsleitung unterzeichnete berufsübliche Vollständigkeitserklärung haben wir zu unseren Akten genommen.

Ausgehend von den Erkenntnissen aus der Prüfung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems wurden insbesondere folgende Prüfungshandlungen durchgeführt:

<u>Prüffeld</u>	<u>Prüfung der Bestandsnachweise</u>	<u>Prüfung der Bewertung</u>
Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	Materielle und formelle Kontrolle des Bestandsverzeichnisses, stichprobenweise Einsicht der Eingangsrechnungen für Zugänge, Inaugenscheinnahmen, Abgänge anhand Ausgangsrechnungen oder Verschrottungsprotokollen	Zugangsbewertung Anschaffungskosten anhand Eingangsrechnungen, Herstellungskosten anhand geeigneter Materialrechnungen, Stundenaufstellungen, Gemeinkostenzuschläge aus den Kosten- und Leistungsrechnungen Folgebewertung anhand interner Abschreibungspläne
Vorräte	Formelle und materielle Kontrolle der Verzeichnisse, Stichproben nach bewusster Auswahl bedeutsamer Posten	Zugangsbewertung anhand Eingangsrechnungen in Stichproben (bewusste Auswahl) Niederstwertprinzip (beschaffungsmarktorientiert)
Forderungen	Formelle und materielle Kontrolle der Saldenlisten, Abgrenzung	Zugangsbewertung in Stichproben anhand Ausgangsrechnungen Folgebewertung zur Ermittlung von Ausfallrisiken durch Schriftverkehr und Mahnwesen
Sonstige Aktiva	Einsicht in Bücher und Schriften, Verträge	Einsicht in Bücher und Schriften
Liquide Mittel	Kassenprotokolle, Tagesauszüge Kreditinstitute	

<u>Prüffeld</u>	<u>Prüfung der Bestandsnachweise</u>	<u>Prüfung der Bewertung</u>
Eigenkapital	Betriebssatzung, Protokolle des Betriebsausschusses, Handelsregisterauszug	
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen/ empfangene Ertragszuschüsse	Aufstellungen des Eigenbetriebes	Einsicht von geeigneten Unterlagen
Sonstige Rückstellungen	Aufstellungen des Eigenbetriebes, Verträge	Erfüllungsbeträge anhand Einsicht von geeigneten Unterlagen und Berechnungen, rechnerische Kontrolle zur Vollkostenermittlung
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Tagesauszüge, Kreditverträge	
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	Formelle und materielle Kontrolle der Saldenliste, Saldenbestätigungen	Erfüllungsbeträge durch bewusste Auswahl von Eingangsrechnungen
Sonstige Passiva	Geeignete Unterlagen und Schriften, Verträge	Erfüllungsbeträge durch stichprobenhafte Prüfung vorhandener Unterlagen
Erträge/ Aufwendungen	Stichprobenweise Prüfung von Posten mit absoluter und relativer Bedeutung	

Prüfungshemmnisse lagen nicht vor.

D. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

I. Feststellungen zur Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

1. Die Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Das Rechnungswesen (Finanz- und Anlagenbuchhaltung) des Eigenbetriebes erfolgt auf einer eigenen EDV-Anlage unter Verwendung des Programms DATEV.

Die Bücher des Eigenbetriebes sind ordnungsgemäß geführt. Die Buchhaltung des Vorjahres ist mit den Abschlussbuchungen abgeschlossen.

Die Buchungen sind ordnungsgemäß belegt und sachlich richtig. Die Buchführung ist nach unserer in Stichproben durchgeführten Prüfung beweiskräftig.

Das von dem Eigenbetrieb eingerichtete rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem sieht dem Geschäftszweck und -umfang angemessene Regelungen zur Organisation und Kontrolle der Abläufe vor.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung entsprechen. Die Prüfung ergab keine Beanstandungen.

2. Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang, der als Anlage 1 beiliegt, ist auf dem von uns geprüften Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 aufgebaut und unter Einbeziehung der Inventurergebnisse richtig und vollständig aus den Büchern entwickelt.

Die Vermögensgegenstände und Schulden sind unter Beachtung der handelsrechtlichen Vorschriften ordnungsgemäß nachgewiesen.

Das handelsrechtliche Gliederungsschema für die Bilanz und für die Gewinn- und Verlustrechnung (Gesamtkostenverfahren) wurde unter Beachtung der branchenspezifischen Besonderheiten der Wasserversorgung angewandt.

Im Rahmen der Bewertung werden die handelsrechtlichen Bewertungsvorschriften beachtet.

Die Angaben im Anhang sind vollständig und zutreffend.

Soweit der Eigenbetrieb nach dem Gesetz ein Wahlrecht hat, Ausweise oder Vermerke alternativ im Anhang darzustellen, wurde die Darstellung im Anhang aus Gründen der Übersichtlichkeit des Abschlusses vorgezogen.

Nach der Erklärung des Betriebsleiters und den Feststellungen im Rahmen unserer Prüfung sind sämtliche Aktiva und Passiva erfasst, die Rückstellungen nach den bei Bilanzaufstellung vorliegenden Erkenntnissen ausreichend bemessen. Haftungsverhältnisse i.S. von § 251 HGB liegen nicht vor.

3. Der Lagebericht

Der Lagebericht 2014 der Betriebsleitung ist dem Bericht als Anlage 2 beigefügt.

Der Lagebericht der Betriebsleitung entspricht den gesetzlichen Vorschriften. Nach den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen werden der Geschäftsverlauf und die Lage des Eigenbetriebes zutreffend dargestellt.

Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss. Er vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes.

Die Prüfung hat zu dem Ergebnis geführt, dass wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind und dass die Angaben nach § 289 Abs. 2 HGB vollständig und zutreffend sind.

II. Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2014

1. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen und sachverhaltsgestaltende Maßnahmen

Die allgemeinen Grundsätze über die Bewertung und die Wertansätze der Vermögensgegenstände und Schulden wurden beachtet. Hinsichtlich der einzelnen angewandten und geprüften Bewertungsgrundlagen und -methoden verweisen wir auf die Ausführungen des Eigenbetriebes im Anhang sowie unsere Darstellungen unter "C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung".

Bilanzierungswahlrechte wurden nicht in Anspruch genommen. Bewertungswahlrechte wurden unverändert gegenüber dem Vorjahr angewandt. Eine Änderung bei der Ausnutzung von Ermessensspielräumen ergab sich nicht. Ermessensspielräume wurden dem Grundsatz der kaufmännischen Vorsicht folgend ausgeübt.

Über sachverhaltsgestaltende Maßnahmen, die einen wesentlichen Einfluss auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben, ist nicht zu berichten.

2. Gesamtaussage

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 ist richtig aus den Büchern entwickelt. Er entspricht in seiner Gliederung und Bewertung den gesetzlichen Vorschriften und den Bestimmungen der Betriebssatzung. Die Buchführung ist ordnungsgemäß; sie entspricht ebenfalls dem Gesetz.

Nach unserer Beurteilung vermittelt der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und der Ertragslage des Eigenbetriebes.

III. Analyse und Erläuterung des Jahresabschlusses1. Vermögenslage

	31.12.2014		31.12.2013		Veränderung TEUR
	TEUR	%	%	TEUR	
A. <u>Vermögen</u>					
I. <u>Anlagevermögen</u>					
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	8	0,1	0,1	7	1
2. Sachanlagen	6.559	85,3	88,3	6.710	-151
3. Summe	6.567	85,4	88,4	6.717	-150
II. <u>Umlaufvermögen</u>					
1. Vorräte	182	2,4	2,2	165	17
2. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	647	8,4	5,3	406	241
3. Forderungen an die Stadt	55	0,7	0,7	52	3
4. Sonstige Vermögensgegenstände	184	2,4	2,9	221	-37
5. Liquide Mittel	50	0,7	0,5	36	14
6. Summe	1.118	14,6	11,6	880	238
III. <u>Vermögen gesamt</u>	7.685	100,0	100,0	7.597	88
B. <u>Kapital</u>					
I. <u>Eigenkapital und eigenkapitalähnliche Posten</u>					
1. Stammkapital	1.099	14,3	14,5	1.099	0
2. Allgemeine Rücklage	198	2,6	2,6	198	0
3. Gewinnvortrag	1.146	14,9	13,9	1.053	93
4. Bilanzverlust/Jahresgewinn	-9	-0,1	1,2	93	-102
5. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und empfangene Ertragszuschüsse	1.175	15,3	15,1	1.150	25
6. Summe	3.609	47,0	47,3	3.593	16
II. <u>Fremdkapital</u>					
1. Rückstellungen	100	1,3	0,5	41	59
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.672	47,8	47,8	3.635	37
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	132	1,7	1,4	96	36
4. Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt	30	0,4	0,0	3	27
5. Sonstige Verbindlichkeiten	134	1,7	2,9	218	-84
6. Summe	4.068	52,9	52,6	3.993	75
III. <u>Rechnungsabgrenzungsposten</u>	8	0,1	0,1	11	-3
IV. <u>Kapital gesamt</u>	7.685	100,0	100,0	7.597	88

Rundungsdifferenzen bei den Prozentwerten sind EDV-bedingt.

Aufgliederung und Erläuterung der Posten des Jahresabschlusses

Das Anlagevermögen verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 150. Den Abschreibungen in Höhe von TEUR 414 stehen Investitionen in Höhe von TEUR 264 gegenüber.

Die Investitionen verteilen sich wie folgt:

	<u>TEUR</u>
Konzessionen, und ähnliche Rechte	3
Grundstücke	10
Gewinnungs- und Bezugsanlagen	2
Leitungsnetz und Hausanschlüsse	150
Betriebs- und Geschäftsausstattung	9
Maschinen und maschinelle Anlagen	63
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>27</u>
	<u><u>264</u></u>

Die Erhöhung der Vorräte um TEUR 17 im Vergleich zum Vorjahr beruht im Wesentlichen auf um TEUR 16 höheren Vorräten an Hauptrohrnetzmaterial sowie um TEUR 1 ebenfalls höheren Vorräten an Hausanschlussmaterial.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen erhöhten sich um TEUR 241. Der wesentliche Anstieg ist im Bereich Wassergeld (+TEUR 230) zu verzeichnen: Die für das Berichtsjahr beschlossene Erhöhung der Entgelte wirkt sich systembedingt erst im Rahmen der Jahresverbrauchsabrechnung aus. Daneben stiegen die Forderungen aus Hausanschlusskosten um TEUR 26 und aus Reparaturkostenerstattungen um TEUR 12. Dem gegenüber sind die Forderungen aus Anliegerbeiträgen um TEUR 17 und aus Arbeiten für Dritte und Materialabgaben um TEUR 5 rückläufig. Gleichzeitig wurden die Einzelwertberichtigungen gegenüber dem Vorjahr um TEUR 5 erhöht.

Die Forderungen an die Stadt sind im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 3 gestiegen. Im Wesentlichen ist dies auf eine Forderung aus Kapitalertragsteuer und Solidaritätsbeitrag aus der Eigenkapitalverzinsung in Höhe von TEUR 26 zurückzuführen, die im Vorjahr nicht bestand. Zudem werden um TEUR 8 höhere Forderungen aus Reparaturkostenerstattungen und um TEUR 7 höhere sonstige Forderungen ausgewiesen. Dem gegenüber werden im Berichtsjahr weder Forderungen aus Umsatzsteuer noch aus Gewerbesteuer ausgewiesen. Hier waren im Vorjahr noch TEUR 20 bzw. TEUR 10 zu verzeichnen. Zudem bestanden im Vorjahr noch Forderungen aus EDV-Kosten in Höhe von TEUR 9, die im Berichtsjahr nicht mehr gegeben waren.

Die sonstigen Vermögensgegenstände verminderten sich um TEUR 37 auf TEUR 184. Hierbei sind vor allem die Forderungen aus einem Erstattungsanspruch aus Wasserbezug WTV um TEUR 33 rückläufig. Daneben werden um TEUR 18 geringere Ansprüche aus Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag ausgewiesen. Dagegen sind die Forderungen aus einem zinslos gestundeten Anschlussbeitrag für die Bebauung des Hochschulviertels um TEUR 14 aufgrund der Herstellung eines Hausanschlusses gestiegen.

Die liquiden Mittel erhöhten sich stichtagsbedingt um TEUR 14.

Das Eigenkapital und die eigenkapitalähnlichen Posten stiegen im Vorjahresvergleich um TEUR 16 an.

Im Berichtsjahr ist ein Bilanzverlust nach Ausschüttung der Eigenkapitalverzinsung in Höhe von TEUR 9 zu verzeichnen.

Die Steigerung der Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und der empfangenen Ertragszuschüsse um TEUR 25 beruht auf planmäßigen Auflösungen in Höhe von TEUR 124, denen Zuführungen in Höhe von TEUR 149 gegenüberstehen.

Der Anstieg der Rückstellungen um TEUR 59 beruht in erster Linie auf dem Ausweis der Steuerrückstellungen für Gewerbesteuer und Körperschaftsteuer nebst Solidaritätszuschlag in Höhe von je TEUR 25. Innerhalb der sonstigen Rückstellungen stiegen die Rückstellungen für ausstehende Schlussrechnungen um TEUR 4, für Überstunden um TEUR 3 sowie für Prüfungs- und Beratungskosten um TEUR 2.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 37 gestiegen. Dabei erhöhten sich die Kontokorrentverbindlichkeiten um TEUR 219 und die noch nicht abgebuchten Annuitäten um TEUR 61. Dem gegenüber verminderten sich die langfristigen Verbindlichkeiten aufgrund planmäßiger Tilgungen um TEUR 243.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen erhöhten sich stichtagsbedingt um TEUR 36.

Die Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt stiegen im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 27. Im Berichtsjahr werden Verbindlichkeiten aus der Umsatzsteuer und der Gewerbesteuer in Höhe von jeweils TEUR 10 ausgewiesen. Zum Vorjahresstichtag waren hier noch Forderungen zu verzeichnen. Daneben bestehen, entgegen dem Vorjahr, Personalkostenerstattungen in Höhe von TEUR 7.

Die sonstigen Verbindlichkeiten verzeichnen im Vergleich zum Vorjahr einen Rückgang um TEUR 84. Die Verbindlichkeiten aus Überzahlungen sind um TEUR 111 gesunken, was im Wesentlichen mit der Gebührenerhöhung des Berichtsjahres zusammenhängt, die sich erst in der Jahresverbrauchsabrechnung niederschlägt. Dem gegenüber sind die Verbindlichkeiten aus Steuern um TEUR 26 gestiegen. Hierbei handelt es sich um die abzuführenden Kapitalertragsteuern auf die ausgeschüttete Eigenkapitalverzinsung.

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten hat sich um TEUR 3 verringert. Der Ausweis betrifft im Wesentlichen eine vereinnahmte Pachtvorauszahlung, die über die Vertragslaufzeit ratierlich aufgelöst wird. Im Vorjahr kam es durch eine vertraglich festgelegte Einmalzahlung zu einer Verlängerung der Vertragslaufzeit.

2. Kapitalflussrechnung

	TEUR	TEUR
A. Ordentliche Geschäftstätigkeit		
1. Jahresergebnis vor Ausschüttung	157	
2. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	414	
3. Auflösung Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen/empfangene Ertragszuschüsse	-124	
4. Veränderung Vorräte	-17	
5. Veränderung Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-241	
6. Veränderung Forderungen an die Stadt	-3	
7. Veränderung sonstige Vermögensgegenstände	37	
8. Veränderung Rückstellungen	59	
9. Veränderung kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	61	
10. Veränderung Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	36	
11. Veränderung Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt	27	
12. Veränderung sonstige Verbindlichkeiten	-84	
13. Veränderung passiver Rechnungsabgrenzungsposten	<u>-3</u>	
B. Zunahme des Finanzvermögens aus der ordentlichen Geschäftstätigkeit		319
C. Investitionstätigkeit		
1. Investitionen	-264	
2. Zuführung Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen/empfangene Ertragszuschüsse	<u>149</u>	
D. Abnahme des Finanzvermögens aus der Investitionstätigkeit		-115
E. Finanzierungstätigkeit		
Darlehensstilgung	<u>-243</u>	
F. Zunahme des Finanzvermögens aus der Finanzierungstätigkeit		-243
G. Kapitalbewegungen		
Eigenkapitalverzinsung (Ausschüttung)	<u>-166</u>	
H. Abnahme des Finanzvermögens aus der Kapitalbewegungen		<u>-166</u>
I. Abnahme des Finanzvermögens		-205
J. Barvermögen am Beginn des Wirtschaftsjahres*		<u>-70</u>
K. Barvermögen am Ende des Wirtschaftsjahres*		<u><u>-275</u></u>

* Inklusive Kontokorrentverbindlichkeiten.

3. Ertragslage

	2014		2013		i. Vgl. z. Vj.		Ergebnis- aus- wirkung TEUR
	TEUR	%	%	TEUR	%	TEUR	
A. Betriebsleistung							
1. Umsatzerlöse	2.773	97,8	97,0	2.528	9,7	245	
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	36	1,3	1,9	50	-28,0	-14	
3. Sonstige betriebliche Erträge	26	0,9	1,1	27	-3,7	-1	
4. Betriebsleistung	2.835	100,0	100,0	2.605	8,8	230	
B. Aufwendungen							
1. Materialaufwand	1.208	42,6	46,4	1.210	-0,2	2	
2. Personalaufwand	605	21,3	20,4	532	13,7	-73	
3. Abschreibungen	414	14,6	15,9	413	0,2	-1	
4. Betriebskosten	176	6,2	6,3	164	7,3	-12	
5. Verwaltungskostenbeitrag	73	2,6	2,7	71	2,8	-2	
6. Sonstige Steuern	3	0,1	0,1	3	0,0	0	
7. Aufwendungen	2.479	87,4	91,8	2.393	3,6	-86	
C. Betriebsergebnis (A - B)	356	12,6	8,2	212	67,9	144	
D. Finanzergebnis							
1. Zinserträge	1	0,0	0,0	0	-	1	
2. Zinsaufwendungen	115	4,0	4,2	109	5,5	-6	
3. Finanzergebnis (1 - 2)	-114	-4,0	-4,2	-109	4,6	-5	
E. Neutrales Ergebnis							
1. Neutrale Erträge	8	0,3	2,0	53	-84,9	-45	
2. Neutrale Aufwendungen	22	0,8	0,7	22	0,0	0	
3. Neutrales Ergebnis (1 - 2)	-14	-0,5	1,3	31	*	-45	
F. Unternehmensergebnis vor Ertragsteuern	228	8,1	5,3	134	70,1	94	
G. Ertragsteuern	71	2,5	1,6	41	73,2	-30	
H. Jahresgewinn	157	5,6	3,7	93	68,8	64	

* Veränderungen über 100 % werden nicht ausgewiesen.
 - Nicht vergleichbar.
 Rundungsdifferenzen bei den Prozentwerten sind EDV-bedingt.

Aufgliederung und Erläuterung der Posten des Jahresabschlusses

Die Umsatzerlöse setzen sich wie folgt zusammen:

	2014	2013	2014	2013	Veränderung
			TEUR	TEUR	TEUR
Tarif- und Großabnehmer			1.969	1.852	117
- Tarif	1,42 €/m ³	1,38 €/m ³			
Veränderung zum Vorjahr	0,04 €/m ³				
- Menge	1.386.467 m ³	1.342.201 m ³			
Veränderung zum Vorjahr	44.266 m ³				
Bauwasser			4	8	-4
Verbrauchsabgrenzung			-12	50	-62
Grundgebühr			640	437	203
Installations- und Reparaturarbeiten			48	46	2
Auflösung empfangener Ertragszuschüsse/ Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen			124	135	-11
			2.773	2.528	245

Die Erstattungen für Installations- und Reparaturarbeiten sind um TEUR 2 auf TEUR 48 gestiegen. Im Berichtsjahr bestanden höhere erstattungsfähige Schadenfälle an Hausanschlüssen.

Aufgrund verringerter Investitionstätigkeit im Vergleich zum Vorjahr verminderten sich die aktivierten Eigenleistungen um TEUR 14 auf TEUR 36.

Die sonstigen betrieblichen Erträge verringerten sich um TEUR 1. Den um TEUR 4 niedrigeren Versicherungserstattungen stehen im Berichtsjahr um TEUR 2 gestiegene Mahngebühren und Säumniszuschläge gegenüber.

Der Materialaufwand ist um TEUR 2 gesunken. Dabei fielen die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe für bezogene Leistungen um TEUR 7, während die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren um TEUR 5 anstiegen.

Im Bereich der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren verminderten sich die Aufwendungen für Materialbezug um insgesamt TEUR 7, was insbesondere auf einen geringeren Bedarf für den Wasserzählertausch im Berichtsjahr zurückzuführen ist.

Die Erhöhung der Aufwendungen für bezogene Leistungen ist in erster Linie mit der Steigerung der Leistungen für das Hauptrohrnetz (+TEUR 8) und der Hausanschlüsse (+TEUR 6) zu begründen. Dem gegenüber verminderten sich hauptsächlich die Aufwendungen für Wasseruntersuchungen um TEUR 6 sowie die Unterhaltungsaufwendungen der Grundstücke und Hochbehälter um TEUR 2.

Der Personalaufwand ist um TEUR 73 gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Im Vorjahr bestanden bei mehreren Mitarbeitern Krankheitsfälle, die über die gesetzliche Lohnfortzahlungsfristen hinausgingen. Weiterhin erhöhend wirkten sich tarifliche Lohnsteigerungen aus.

Die Abschreibungen erhöhten sich aufgrund der Investitionen des Vorjahres sowie der Zugänge des Berichtsjahres um TEUR 1 auf TEUR 414.

Die Betriebskosten sind im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 12 auf TEUR 176 gestiegen. Im Wesentlichen stiegen die Aufwendungen für die Allgemeine Datenverarbeitung (ADV) um TEUR 8 gegenüber dem Vorjahr an.

Der Verwaltungskostenbeitrag ist gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert geblieben.

Das Finanzergebnis verschlechterte sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 5 und ist mit TEUR 114 negativ. Dabei stiegen die Zinsaufwendungen um TEUR 6 an, was auf eine Darlehensaufnahme im Vorjahr zurückzuführen ist, die erstmals für ein gesamtes Jahr Zinsaufwendungen verursacht.

Das neutrale Ergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

	<u>2014</u> TEUR	<u>2013</u> TEUR	<u>Ergebnis-</u> <u>auswirkung</u> TEUR
<u>Erträge</u>			
Wassergeld Vorjahre	8	4	4
Erträge aus der Herabsetzung der Einzelwertberichtigungen	0	40	-40
Erträge aus Anlagenabgängen	0	8	-8
Sonstiges	0	1	-1
Summe	<u>8</u>	<u>53</u>	<u>-45</u>
<u>Aufwendungen</u>			
Zuführung Einzelwertberichtigungen	5	0	-5
Erstattung Wassergeld aus Vorjahren	13	6	-7
Forderungsverluste	4	13	9
Sonstiges	0	3	3
Summe	<u>22</u>	<u>22</u>	<u>0</u>
<u>Neutrales Ergebnis</u>	<u><u>-14</u></u>	<u><u>31</u></u>	<u><u>-45</u></u>

Unter Berücksichtigung des Betriebsergebnisses in Höhe von TEUR 356, des Finanzergebnisses in Höhe von TEUR -114 und des neutralen Ergebnisses von TEUR -14 ergibt sich ein Unternehmensergebnis vor Ertragsteuern von TEUR 228 (Vorjahr: TEUR 134).

Nach Einrechnung der Ertragsteuern, die sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 30 auf TEUR 71 erhöht haben, ergibt sich ein gegenüber dem Vorjahr um TEUR 64 höherer Jahresgewinn von TEUR 157.

4. Wirtschaftsplana) ErfolgsplanGegenüberstellung von Erfolgsplan und Gewinn- und Verlustrechnung 2014

	<u>Voranschlag</u>	<u>Gewinn- und</u>	<u>Ergebnis-</u>
	<u>TEUR</u>	<u>Verlustrechnung</u>	<u>auswirkung</u>
		<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Umsatzerlöse	2.803	2.773	-30
Andere aktivierte Eigenleistungen	78	36	-42
Sonstige betriebliche Erträge	27	26	-1
A. Betriebsleistung	2.908	2.835	-73
Materialaufwand	1.448	1.208	240
Personalaufwand	589	605	-16
Abschreibungen	410	414	-4
Betriebskosten	203	176	27
Verwaltungskostenbeitrag	73	73	0
Sonstige Steuern	4	3	1
B. Aufwendungen	2.727	2.479	248
C. Betriebsergebnis (A - B)	181	356	175
Zinserträge	1	1	0
Zinsaufwendungen	301	115	186
D. Finanzergebnis	-300	-114	186
Neutrale Erträge	0	8	8
Neutrale Aufwendungen	0	22	-22
E. Neutrales Ergebnis	0	-14	-14
F. Ertragsteuern	20	71	-51
G. Jahresverlust/-gewinn (C + D + E - F)	-139	157	296

Die Abweichungen im Bereich des Materialaufwandes beruhen im Wesentlichen auf um rund TEUR 83 höher geplantem Aufwand für den Wasserbezug. In der Planung war ein Wasserbezugspreis von rd. 65,40 Cent je m³ berücksichtigt. Tatsächlich wurden rd. 63 Cent je m³ in Rechnung gestellt.

Beim Materialbezug sind die tatsächlichen Aufwendungen um TEUR 44 niedriger als geplant. Daneben fielen die Unterhaltungsaufwendungen um TEUR 76 geringer aus als im Plan veranschlagt.

Unter den Zinsaufwendungen war die Ausschüttung der Eigenkapitalverzinsung an den Einrichtungsträger in Höhe von TEUR 160 eingeplant. Diese ist jedoch als Ergebnisverwendung nach dem Jahresergebnis zu zeigen.

b) VermögensplanGegenüberstellung von Vermögensplan und Einnahmen-Ausgaben-Ist

	<u>Plan - 2014</u>	<u>Ist - 2014</u>	<u>Abweichung</u>
	TEUR	TEUR	TEUR
<u>Einnahmen</u>			
Abschreibungen	410	414	4
Zuführung zu Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen/ empfangene Ertragszuschüsse	137	149	12
Darlehensaufnahme	1.090	0	-1.090
Darlehensumschuldung	160	0	-160
Erhöhung sonstige Passiva	0	96	96
Verminderung flüssige Mittel	0	205	205
Jahresgewinn	0	157	157
	<u>1.797</u>	<u>1.021</u>	<u>-776</u>
<u>Ausgaben</u>			
Investitionen	1.128	264	-864
Auflösung Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen/ empfangene Ertragszuschüsse	130	124	-6
Planmäßige Darlehenstilgung	240	243	3
Umschuldung Darlehen	160	0	-160
Erhöhung sonstige Aktiva	0	224	224
Eigenkapitalverzinsung (Ausschüttung)	0	166	166
Jahresverlust	139	0	-139
	<u>1.797</u>	<u>1.021</u>	<u>-776</u>

E. Feststellungen aus Erweiterungen des Prüfungsauftrages

Feststellungen gemäß § 53 HGrG

Wir haben im Rahmen unserer Prüfung auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 HGrG sowie den IDW Prüfungsstandard "Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG" (IDW PS 720) beachtet. Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d.h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen gesetzlichen Vorschriften sowie den Bestimmungen der Betriebssatzung geführt worden sind.

Die im Gesetz und in den dazu vorliegenden Prüfungsgrundsätzen geforderten Angaben haben wir im Detail in Anlage 8 zu diesem Bericht zusammengestellt.

Über die in dem vorliegenden Bericht dargestellten Feststellungen hinaus hat unsere Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

F. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks und Schlussbemerkung

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 (Anlage 1) und dem Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2014 (Anlage 2) des Wasserwerkes der Stadt Rheinbach, Rheinbach, unter dem Datum vom 11. Juni 2015 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

"Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

An das Wasserwerk der Stadt Rheinbach, Rheinbach:

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Wasserwerkes der Stadt Rheinbach, Rheinbach, für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung liegen in der Verantwortung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht des Eigenbetriebes abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Eigenbetriebes sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt.

Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Betriebsleitung des Eigenbetriebes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar."

Den vorstehenden Prüfungsbericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450).

Eine Verwendung des oben wiedergegebenen Bestätigungsvermerks außerhalb dieses Prüfungsberichts bedarf unserer vorherigen Zustimmung. Bei Veröffentlichungen oder Weitergabe des Jahresabschlusses in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.

Bonn, 11. Juni 2015

DORNBACH GMBH
NIEDERLASSUNG BONN
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Bokelmann
Wirtschaftsprüfer

Schmidt
Wirtschaftsprüfer

ANLAGEN

Wasserwerk der Stadt Rheinbach, Rheinbach

Bilanz zum 31. Dezember 2014Aktiva

	<u>31.12.2014</u>	<u>31.12.2013</u>
	EUR	EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	7.574,51	6.908,51
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke mit Betriebs- und anderen Bauten	188.967,67	171.624,67
2. Gewinnungs- und Bezugsanlagen	12.837,94	13.437,94
3. Verteilungsanlagen	6.153.531,11	6.313.225,62
4. Maschinen und maschinelle Anlagen	88.887,67	41.195,67
5. Betriebs- und Geschäftsausstattung	105.803,18	133.209,18
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>29.498,98</u>	<u>37.568,19</u>
	<u>6.559.324,53</u>	<u>6.710.261,27</u>
	6.566.899,04	6.717.169,78
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Vorräte		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	181.882,88	165.273,06
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	648.517,62	406.161,67
2. Forderungen an die Stadt	55.473,08	51.946,43
3. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>184.153,84</u>	<u>220.798,62</u>
	888.144,32	678.904,62
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	<u>50.297,91</u>	<u>36.208,37</u>
	<u>1.118.305,11</u>	<u>880.385,95</u>
	<u>7.685.204,15</u>	<u>7.597.555,73</u>

Passiva

	<u>31.12.2014</u>	<u>31.12.2013</u>
	EUR	EUR
A. EIGENKAPITAL		
I. Stammkapital	1.099.277,54	1.099.277,54
II. Allgemeine Rücklage	198.244,33	198.244,33
III. Gewinnvortrag	1.145.916,93	1.052.991,84
IV. Jahresgewinn	-	92.925,29
V. Bilanzverlust	<u>-8.589,53</u>	<u>-</u>
	2.434.849,27	2.443.438,80
B. SONDERPOSTEN FÜR INVESTITIONSZUSCHÜSSE ZUM ANLAGEVERMÖGEN	907.198,00	798.245,00
C. EMPFANGENE ERTRAGSZUSCHÜSSE	267.499,51	351.814,51
D. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Steuerrückstellungen	50.591,00	0,00
2. Sonstige Rückstellungen	<u>49.300,00</u>	<u>40.800,00</u>
	99.891,00	40.800,00
E. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.671.664,21	3.635.381,03
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	132.329,41	95.791,98
3. Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt	30.497,00	2.916,40
4. Sonstige Verbindlichkeiten	133.508,68	217.940,92
- davon aus Steuern: EUR 30.259,15 (Vorjahr: EUR 4.346,18)		
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 2.430,00 (Vorjahr: EUR 2.734,00)		
	<u>3.967.997,28</u>	<u>3.952.030,33</u>
F. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	<u>7.769,09</u>	<u>11.227,09</u>
	<u>7.685.204,15</u>	<u>7.597.555,73</u>

Wasserwerk der Stadt Rheinbach, Rheinbach
Gewinn- und Verlustrechnung für 2014

	<u>2014</u> EUR	<u>2013</u> EUR
1. Umsatzerlöse	2.772.727,86	2.527.664,09
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	35.535,36	50.042,99
3. Sonstige betriebliche Erträge	34.137,45	79.266,76
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	995.051,83	1.002.524,43
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>212.275,72</u>	<u>207.265,06</u>
	1.207.327,55	1.209.789,49
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	473.808,82	413.726,42
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	130.944,93	118.181,52
- davon für Altersversorgung: EUR 36.358,72 (Vorjahr: EUR 33.943,86)		
	<u>604.753,75</u>	<u>531.907,94</u>
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	414.285,86	413.454,54
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	270.619,33	256.171,56
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	834,63	328,44
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>115.388,03</u>	<u>109.473,76</u>
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	230.860,78	136.504,99
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	71.179,00	40.839,79
12. Sonstige Steuern	<u>2.911,31</u>	<u>2.739,91</u>
13. Jahresgewinn	156.770,47	<u>92.925,29</u>
14. Eigenkapitalverzinsung als Gewinnausschüttung	<u>-165.360,00</u>	
15. Bilanzverlust	<u>-8.589,53</u>	

**Wasserwerk der Stadt Rheinbach, Rheinbach
Anhang für das Wirtschaftsjahr 2014**

1. Allgemeine Angaben

Die Gliederung der Bilanz erfolgte gemäß § 22 EigVO NRW nach § 266 HGB. Die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgte gemäß § 23 EigVO NRW nach § 275 HGB.

Soweit für Pflichtangaben Wahlrechte bestehen, diese in der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang darzustellen, sind diese aus Gründen der Übersichtlichkeit im Anhang dargestellt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert.

Die Ausweisstetigkeit wurde gewahrt, ein grundlegender Bewertungswechsel gegenüber dem Vorjahr fand nicht statt.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss 2014 ist unter Beachtung der Vorschriften der EigVO NRW in der Neufassung der Bekanntmachung vom 16. November 2004 aufgestellt.

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden haben wir entsprechend den handelsrechtlichen Bewertungsvorschriften unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und Bilanzierung vorgenommen.

Die entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens sind mit den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt. Das Sachanlagevermögen ist mit Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten unter Absetzung planmäßiger Abschreibungen bewertet. Die Abschreibungen errechnen sich nach der linearen Methode unter Zugrundelegung der jeweiligen Nutzungsdauer. Die Herstellungskosten enthalten neben direkt zurechenbaren Lohn- und Materialkosten auch angemessene Gemeinkosten.

Für die Jahre 2008 und 2009 wurde für bewegliche, selbstständig nutzbare Anlagegüter mit Anschaffungskosten ab EUR 150,00 bis EUR 1.000,00 ein Sammelposten gebildet und über fünf Jahre abgeschrieben (entsprechend § 6 Abs. 2a EStG).

Geringwertige Anlagegüter werden ab dem Jahr 2010 voll abgeschrieben.

Die Vorräte werden mit fortgeschriebenen durchschnittlichen Einstandspreisen angesetzt. Das Niederstwertprinzip wurde beachtet.

Die Bewertung der Forderungen und sonstigen Aktiva erfolgt grundsätzlich mit ihrem Nominalbetrag. Zweifelhafte Forderungen sind mit ihrem wahrscheinlichen Wert angesetzt, unverzinslich gestundete Forderungen werden mit ihrem Barwert bilanziert. Uneinbringliche Forderungen werden ausgebucht.

Die Empfangenen Ertragszuschüsse sind bis zum 31. Dezember 2002 analog § 22 Abs. 2 EigVO NW a.F. als Passivposten ausgewiesen und werden mit 5 % p.a. aufgelöst. In den Wirtschaftsjahren 2003 bis 2006 wurden die empfangenen Ertragszuschüsse direkt von den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten der bezuschussten Anlagegegenstände abgesetzt. Seit dem 1. Januar 2007 werden die Ertragszuschüsse als Sonderposten passiviert, welcher über die Nutzungsdauer der bezuschussten Anlagegegenstände ergebniswirksam aufgelöst wird.

Bei der Bemessung der Rückstellungen wurde allen erkennbaren Risiken ausreichend und angemessen zum Erfüllungsbetrag Rechnung getragen.

Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Sonstige Aktivierungswahlrechte wurden nicht in Anspruch genommen.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze sind gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

Wasserwerk der Stadt Rheinbach, Rheinbach
Anlagennachweis zum 31. Dezember 2014

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen				Restbuchwerte	
	Stand 1.1.2014	Zugang	Umbuchung	Abgang	Stand 31.12.2014	Stand 1.1.2014	Zugang	Abgang	Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2014	Vorjahr
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
I. Immaterielle Vermögensgegenstände											
Erworben erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	17.685,37	3.020,00	0,00	0,00	20.705,37	10.776,88	2.354,00	0,00	13.130,88	7.574,51	6.908,51
II. Sachanlagen											
1. Grundstücke, mit Betriebs- und anderen Bauten	641.658,72	10.306,39	0,00	0,00	651.965,11	470.034,05	12.963,39	0,00	482.997,44	188.967,67	171.824,67
2. Gewinnungs- und Bezugsanlagen	397.126,16	2.113,13	0,00	0,00	399.239,29	383.687,22	2.713,13	0,00	386.400,35	12.637,94	13.437,94
3. Verteilungsanlagen											
- Speicheranlagen	1.767.710,05	0,00	35.056,34	0,00	1.802.766,39	1.061.250,40	39.632,34	0,00	1.100.882,74	701.673,65	706.449,65
- Leitungsnetz u. Hausanschluss	12.631.148,55	150.360,75	0,00	120.574,81	12.660.934,49	7.252.717,58	301.916,75	120.573,30	7.434.063,03	5.426.671,46	5.578.430,67
- Messeinrichtungen	64.975,28	0,00	0,00	0,00	64.975,28	36.630,28	3.659,00	0,00	40.189,28	24.786,00	28.345,00
4. Maschinen und maschinelle Anlagen	258.513,49	62.680,50	0,00	0,00	321.193,99	217.317,82	14.988,50	0,00	232.306,32	68.867,67	41.195,67
5. Betriebs- und Geschäftsausstattung	473.188,23	6.551,75	0,00	231,38	481.506,60	339.977,05	38.156,75	230,38	375.903,42	105.603,18	133.209,18
6. Goldsilber Anzählungen und Anlagen im Bau	37.568,19	28.985,11	-35.066,34	0,00	28.486,96	0,00	0,00	0,00	0,00	28.486,96	37.568,19
	16.471.885,67	280.997,63	0,00	120.806,19	16.612.077,11	9.761.624,40	411.631,68	120.803,68	10.052.752,68	6.569.324,53	6.710.261,27
	16.469.571,04	284.017,63	0,00	120.809,19	16.632.782,48	9.772.401,28	414.285,68	120.803,68	10.065.883,44	6.566.899,04	6.717.169,78

3. Geplante Maßnahmen

Zum 31.12.2014 waren folgende Baumaßnahmen noch nicht abgeschlossen:

Erneuerung HRN Obderdrees/Peppenhoven	12.105,63
Sanierung Hochbehälter Todenfeld	13.580,77
HRN-Erweiterung Boschstraße	2.245,00
Schaltschrank HB Stadtwald	1.565,56
	<u>29.496,96</u>

Wesentlicher Bestandteil des Investitionsprogramms 2015 sind Hauptrohrnetzmaßnahmen in den Bereichen Rheinbach, Boschstraße Kreuzung DB und Peppenhoven-Oberdrees sowie die Sanierung im Hochbehälter Todenfeld.

4. Forderungen an die Stadt

Der Ausweis betrifft im Wesentlichen Forderungen an die Stadt Rheinbach aus Kapitalertragsteuer inklusive Solidaritätszuschlag (TEUR 26) und anteiligen Kostenübernahmen (TEUR 29).

5. Sonstige Vermögensgegenstände

Der Ausweis umfasst im Wesentlichen in Höhe von TEUR 118 zinslos gestundete Anschlussbeiträge und gestundete, mit 6 % abgezinste Anschlussbeiträge in Höhe von TEUR 16 mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr, Erstattungsansprüche gegen das Finanzamt aus Ertragsteuern in Höhe von TEUR 8 sowie Forderungen aus Wasserbezug WTV in Höhe von TEUR 42.

6. Eigenkapital

Das Eigenkapital entwickelte sich wie folgt:

	Stand 31.12.2013 Euro	Zuführung Euro	Entnahme Euro	Stand 31.12.2014 Euro
Stammkapital	1.099.277,54	0,00	0,00	1.099.277,54
Allgemeine Rücklage	198.244,33	0,00	0,00	198.244,33
Gewinnvortrag	1.052.991,64	92.925,29	0,00	1.145.916,93
Jahresgewinn	92.925,29	0,00	92.925,29	0,00
Bilanzverlust	0,00	-8.589,53	0,00	-8.589,53
	2.443.438,80	84.335,76	92.925,29	2.434.849,27

7. Rückstellungen

Die Rückstellungen entwickelten sich wie folgt:

	Stand 1.1.2014 Euro	Auflösung Euro	Inanspruch- nahme Euro	Zuführung Euro	Aufzinsung Euro	Stand 31.12.2014 Euro
Steuerrückstellungen						
Gewerbsteuer	0,00	0,00	0,00	25.297,00	0,00	25.297,00
Körperschaftsteuer inkl. Soli	0,00	0,00	0,00	25.294,00	0,00	25.294,00
	0,00	0,00	0,00	50.591,00	0,00	50.591,00
Sonstige Rückstellungen						
Ausstehende Rechnungen	0,00	0,00	0,00	4.200,00	0,00	4.200,00
Interne Jahresabschlusskosten	5.000,00	0,00	5.000,00	5.000,00	0,00	5.000,00
Prüfungs- und Beratungskosten	11.300,00	0,00	9.000,00	11.300,00	0,00	13.600,00
Urlaubsansprüche	23.500,00	0,00	23.500,00	22.100,00	0,00	22.100,00
Überstunden	1.000,00	0,00	1.000,00	4.400,00	0,00	4.400,00
	40.800,00	0,00	38.500,00	47.000,00	0,00	49.300,00
	40.800,00	0,00	38.500,00	97.591,00	0,00	99.891,00

8. Verbindlichkeitspiegel

	<u>davon mit einer Restlaufzeit von</u>			
	Gesamtbetrag Euro	bis 1 Jahr Euro	1 bis 5 Jahre Euro	mehr als 5 Jahre Euro
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.671.664,21	619.854,72	792.372,06	2.259.437,43
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	132.329,41	132.329,41	0,00	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt	30.497,00	30.497,00	0,00	0,00
Sonstige Verbindlichkeiten	133.506,66	133.506,66	0,00	0,00
	<u>3.967.997,28</u>	<u>916.187,79</u>	<u>792.372,06</u>	<u>2.259.437,43</u>

9. Umsatzerlöse Wasserverkauf**a) Wasserverkauf**

	2014 EUR	2013 EUR
Tarif je cbm	1,42	1,38

Mengen und Erlöse

	2014 Menge cbm	2014 Erlös EUR	2013 Menge cbm	2013 Erlös EUR
Tarif-u.Großabnehmer ohne Verbrauchsabgr	1.386.467	1.968.783,14	1.342.201	1.852.237,38
Bauwasser	2.653	3.798,64	5.920	8.169,60
	<u>1.389.120</u>	<u>1.972.581,78</u>	<u>1.348.121</u>	<u>1.860.406,98</u>

Hinzu kommen die Grundgebühren in Höhe von EUR 639.924,97 (Vorjahr: EUR 436.835,21).

b) Erlöse aus Installations- und Reparaturarbeiten

2014 EUR	2013 EUR
<u>48.788,60</u>	<u>45.789,58</u>

c) Auflösung Ertrags- und Investitionszuschüsse

2014 EUR	2013 EUR
<u>123.778,52</u>	<u>135.188,26</u>

10. Personalaufwand

	2014	2013
	EUR	EUR
a) Löhne und Gehälter	<u>473.808,82</u>	<u>413.726,42</u>
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		
Sozialabgaben	92.156,21	80.555,08
Berufsgenossenschaft	2.430,00	3.682,58
Versorgungsaufwand	36.358,72	33.943,86
	<u>130.944,93</u>	<u>118.181,52</u>
Personalaufwand	<u>604.753,75</u>	<u>531.907,94</u>

11. Mitarbeiter

Im Wirtschaftsjahr 2014 waren durchschnittlich direkt beim Wasserwerk beschäftigt:

Verwaltung

4 Angestellte (bis 31.07.2014)
(davon 1 Teilzeitkraft)

5 Angestellte (ab 01.08.2014)
(davon 4 Teilzeitkräfte)

Betrieb

1 Rohrnetzmeister
1 Elektriker
1 Heizungsbauer
1 Heizungs- und Lüftungsbauer
1 Facharbeiter für Schweißtechnik
1 Gas- und Wasserinstallateur
1 Rohrnetzbauer

Im Jahresdurchschnitt waren beschäftigt:

	<u>2014</u>	<u>2013</u>
	Anzahl	Anzahl
Verwaltung		
Tariflich Beschäftigte (bis 31.07.2014) (davon 1 Teilzeitkraft)	4	4
Tariflich Beschäftigte (ab 01.08.2014) (davon 4 Teilzeitkräfte)	5	-
Betrieb		
Tariflich Beschäftigte	7	7

12. Steuern vom Einkommen und Ertrag

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit wird mit Steuern vom Einkommen und Ertrag in Höhe von EUR 71.179,00 belastet.

13. Abschlussprüferhonorare

Für die Prüfung des Jahresabschlusses wurde eine Rückstellung in Höhe von TEUR 9 gebildet.

14. Leistungen für die Betriebsleitung und Mitglieder des Betriebsausschusses

Betriebsleitung	<u>51.630,00</u>
------------------------	------------------

Auf den Betriebsleiter entfallen rd. TEUR 23, auf seinen Stellvertreter rd. TEUR 28:

Betriebsausschuss

In 2014 fand eine Sitzung am 27.11. des Betriebsausschusses statt.

Das Sitzungsgeld für die Mitglieder des Betriebsausschusses wurde durch die Stadt Rheinbach gezahlt.

15. Mitglieder der Betriebsleitung und des Betriebsausschusses

Betriebsleitung

Kämmerer Walter Kohlosser, Betriebsleiter

Verwaltungsfachwirt Peter Eich, stellv. Betriebsleiter

Mitglieder des Betriebsausschusses

Ratsmitglieder bis 26.11.2014

Ilka Rick (Vorsitzende), Verwaltungsangestellte

Georg Schragen (Stellvertreter), Technischer Beamter

Joachim Schollmeyer, Rentner

Renate Krämer, Krankengymnastin

Ursula Schaefers, Fachlehrerin a.D.

Jürgen Spilles, Kriminalbeamter

David Maaß, Historiker

Fred Gottfried Bongartz, Unternehmer

Dietmar Danz, Verwaltungsdirektor

Ratsmitglieder ab 27.11.2014

Ilka Rick (Vorsitzende), Verwaltungsangestellte

Georg Schragen (Stellvertreter), Technischer Beamter

Klaus Beer, Beamter i.R.

Andreas Gebert, Energieanlagenelektroniker

Markus Pütz, Rechtsanwalt

Axel Wilcke, Soldat

Dietmar Danz, Verwaltungsdirektor

Karl-Heinrich Kerstholt, Schreiner

Jürgen Spilles, Kriminalbeamter

Sachkundige Bürger bis 26.11.2014

Karl Franz Steiger, Oberstleutnant a.D.

Dr. Reinhard Stumpf, Regierungsdirektor a.D.

Bruno Weber, Unternehmer

Michael Rohloff, Beamter

Sachkundige Bürger ab 27.11.2014

Friedhelm Schurz, Rentner
Andrea Kaminski, Lehrerin
Karl Franz Steiger, Pensionär
Franz-Josef Schockemöhle, Beamter
Gerhard Hoernemann, Rentner

Vertreter der Arbeitnehmer bis 26.11.2014

Thomas Hampe, Facharbeiter
Thomas Spilles, Facharbeiter

Vertreter der Arbeitnehmer ab 27.11.2014

Thomas Hampe, Facharbeiter
Jörg Orth, Facharbeiter

Rheinbach, den 1. Juni 2015

Wasserwerk der Stadt Rheinbach


Walter Kohlosser
Betriebsleiter

Wasserwerk der Stadt Rheinbach, Rheinbach

Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2014

Vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2014

I. Grundlagen des Eigenbetriebes

Das Wasserwerk der Stadt Rheinbach wird als Eigenbetrieb auf der Grundlage der gesetzlichen Vorschriften und der Bestimmungen der Betriebssatzung geführt.

Zweck des Eigenbetriebes ist die Versorgung der Bevölkerung mit Wasser und alle den Betriebszweck fördernden Geschäfte.

Das zur Versorgung der Bevölkerung benötigte Wasser wird vollständig vom Wahnbachtalsperrenverband (WTV) mit Sitz in Siegburg bezogen.

II. Wirtschaftsbericht

Geschäftsverlauf und Lage des Eigenbetriebes

Für das Jahr 2014 konnte ein Gewinn vor Ausschüttung in Höhe von 156.770,47 EUR erwirtschaftet werden. Als Eigenkapitalverzinsung werden 165.360,00 EUR ausgeschüttet.

Der Wasserbezug betrug in diesem Jahr 1.484.057 cbm (Vorjahr: 1.475.550 cbm) und ist somit um rd. 8.500 cbm höher als im Vorjahr.

Die Endabrechnung des Rhein-Sieg-Kreises für 2014 bezüglich des WTV ist noch nicht erfolgt. Es wird mit einer Erstattung von rd. 42 TEUR gerechnet. Ein Wasserpreis von 0,633 EUR/cbm liegt dieser zugrunde. Bei den geleisteten Vorauszahlungen lag ein Wasserpreis in Höhe von rd. 0,6608 EUR/cbm (Mitteilung des WTV beim Kundenforum am 27.03.2015) zugrunde. Die Erstattung wurde im Jahresabschluss berücksichtigt.

Die Umsatzerlöse aus dem Verkauf von Wasser betragen einschließlich der Verbrauchsabgrenzung in 2014 insgesamt 1.960.235,77 EUR (Vorjahr: 1.909.851,04 EUR). Dies sind rd. 50 TEUR mehr Erlöse im Vergleich zum Vorjahr.

Die Erlöse aus Grundgebühren in Höhe von 639.924,97 EUR (Vorjahr: 436.835,21 EUR) sind um rd. 204 TEUR angestiegen.

Der Anstieg bei den Erlösen aus Wasserverkauf und den Erlösen aus Grundgebühren ist zum größten Teil auf die Anpassung des Wasserabgabepreises und der Grundgebühr zurückzuführen.

Die aktivierten Eigenleistungen sind im Vergleich zum Vorjahr um rd. 15 TEUR niedriger.

Der reale Wasserverlust im Rohrnetz ist im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen. Er liegt im Wirtschaftsjahr 2014 bei 3,8 % (Vorjahr: 5,3 %).

Der bis 31.12.2002 aufgebaute Passivposten „Empfangene Ertragszuschüsse“ wird nach den bisherigen Regelungen weiter planmäßig aufgelöst.

Für die Wirtschaftsjahre 2003 bis 2006 wurden die Baukostenzuschüsse von den Anschaffungskosten der bezuschussten Versorgungsleitungen und Versorgungsanschlüsse abgesetzt. Durch die sich daraus ergebenden geminderten Herstellungskosten der Versorgungsanlagen werden die Abschreibungen gemindert und somit die Baukostenzuschüsse ertragswirksam.

Ab dem Wirtschaftsjahr 2007 werden die Baukostenzuschüsse als Sonderposten passiviert und die Vermögensgegenstände (Versorgungsleitungen und Versorgungsanschlüsse) aktiviert. Die Sonderposten werden über die Nutzungsdauer des bezuschussten Vermögensgegenstand ergebniswirksam aufgelöst.

In der Sitzung des Rates am 22.04.2013 wurde der Einführung der Eigenkapitalverzinsung für den Eigenbetrieb Wasserwerk für das Jahr 2014 mit einem Zinssatz von 6,8 % zugestimmt. Daher ist erstmals in diesem Jahr eine Eigenkapitalverzinsung in Höhe von 165.360,00 EUR verbucht.

III. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Wirtschaftsjahres sind nicht eingetreten.

IV. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Voraussichtliche Entwicklung des Eigenbetriebes

In der Sitzung des Rates am 22.04.2013 wurde der Einführung der Eigenkapitalverzinsung für den Eigenbetrieb Wasserwerk für das Jahr 2014 mit einem Zinssatz von 6,8 % zugestimmt. Wegen der Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung auch nach Übernahme der Aufwendungen für Rohrbrüche in Hausanschlüssen in den öffentlichen Flächen und der mit der Eigenkapitalverzinsung verbundenen zusätzlichen Aufwendungen wurde eine Anpassung der Gebühren für die Lieferung von Trinkwasser (Grund- und Verbrauchsgebühr) erforderlich.

Der Wasserverkaufspreis betrug seit dem 01.02.2004 unverändert 1,38 EUR/cbm. Mit Beschluss des Betriebsausschusses vom 28.11.2013 und des Rates der Stadt Rheinbach vom 09.12.2013 ist eine Anpassung des Wasserpreises zum 1. Januar 2014 auf 1,42 EUR/cbm erfolgt. Die Grundgebühren sind im Rahmen der Wasserpreiserhöhung angepasst worden.

Der Abschlagsanforderung des Wahnbachtalsperrenverbandes für das Jahr 2015 liegt ein Wasserbezugspreis von rd. 0,6541944 EUR/cbm zugrunde. Für 2014 betrug der vorläufige Wasserbezugspreis rd. 0,6608073 EUR/cbm.

Im technischen Bereich wurde das Rohrnetzerneuerungsprogramm, welches Auskunft über Schäden, Baujahr und Zustand der Hauptrohrnetzleitungen gibt, weiter fortgeführt.

Wesentlicher Bestandteil des Investitionsprogramms 2015 sind Hauptrohrnetzmaßnahmen in den Bereichen Rheinbach, Boschstraße Kreuzung DB und Peppenhoven-Oberdees sowie die Sanierung im Hochbehälter Todenfeld.

Mit dem Gewinnvortrag aus den Vorjahren und dem Bilanzverlust des Wirtschaftsjahres 2014 steht am 31.12.2014 neben dem Stammkapital und der allgemeinen Rücklage ein aus der eigenen Tätigkeit entstandenes Eigenkapital von insgesamt 1.137.327,40 EUR zur Abdeckung eventuell künftig anfallender Betriebsverluste zur Verfügung.

Risiko und Chancen

Kurzfristig eintretende Veränderungen der Gewinnsituation des Wasserwerks können sich im Wesentlichen nur aus der Veränderung des Preises und der Menge des verkauften Wassers, des Bezugspreises für den Wassereinkauf und eventuell des Wasserverlustes ergeben. Gravierende Umsatzeinbrüche sind jedoch in der Wasserversorgung Rheinbach ebenso wenig zu erwarten wie völlig unverhältnismäßige Erhöhungen des Wasserbezugspreises. Damit sind die geschäftlichen Risiken der zukünftigen Entwicklung als überschaubar einzustufen, zumal Gewinnvorträge zum Ausgleich zukünftiger Verluste zur Verfügung stehen.

Im technischen Bereich liegen die Risiken in Betriebsstörungen, gravierenden Wasserrohrbrüchen, Zerstörung technischer Einrichtungen oder schadensersatzpflichtige Schädigungen Dritter. Nach allen Erfahrungen der Vergangenheit ist der Eintritt solcher Ereignisse jedoch als eher unwahrscheinlich einzustufen. Für eine Vielzahl derartiger Risiken besteht im Übrigen Versicherungsschutz. Darüber hinausgehende bestandsgefährdende technische, geschäftliche oder sonstige Risiken sind derzeit nicht erkennbar.

Die Chance für eine weiterhin positive Entwicklung des Eigenbetriebes besteht darin, auch künftig sparsam und wirtschaftlich zu arbeiten. Jedoch auch die Veränderungen der Wasserverluste aufgrund intensiver Messungen können zur weiteren positiven Entwicklung beitragen.

Rheinbach, den 1. Juni 2015



Wasserwerk der Stadt Rheinbach

Walter Kohlosser
- Betriebsleiter -

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

An das Wasserwerk der Stadt Rheinbach, Rheinbach:

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Wasserwerkes der Stadt Rheinbach, Rheinbach, für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung liegen in der Verantwortung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht des Eigenbetriebes abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Eigenbetriebes sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt.

Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Betriebsleitung des Eigenbetriebes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Bonn, 11. Juni 2015

DORNBACH GMBH
NIEDERLASSUNG BONN
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Bokelmann
Wirtschaftsprüfer

Schmidt
Wirtschaftsprüfer

Aufgliederung und Erläuterung der Posten des Jahresabschlusses
zum 31. Dezember 2014

Bilanz zum 31. Dezember 2014

Im Folgenden wird auf das Bilanzgliederungsschema, vgl. Anlage 1, Seite 1, Bezug genommen.

Aktiva

A. <u>Anlagevermögen</u>	31.12.2014	EUR	<u>6.566.899,04</u>
	31.12.2013	EUR	6.717.169,78

Auf die Darstellung des Anlagevermögens im Anlagennachweis (Anlage 1, S. 5) wird Bezug genommen.

I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>	31.12.2014	EUR	<u>7.574,51</u>
	31.12.2013	EUR	6.908,51

Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche
Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie
Lizenzen an solchen Rechten und Werten

	31.12.2014	EUR	<u>7.574,51</u>
	31.12.2013	EUR	6.908,51

Der Ausweis betrifft eine wasserrechtliche Entnahmeerlaubnis sowie Software.

	<u>2014</u> EUR	<u>2013</u> EUR
a) <u>Löhne und Gehälter</u>	<u>473.808,82</u>	<u>413.726,42</u>
	<u>2014</u> EUR	<u>2013</u> EUR
b) <u>Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung</u>	<u>130.944,93</u>	<u>118.181,52</u>
	<u>2014</u> EUR	<u>2013</u> EUR
Gesetzliche soziale Aufwendungen	92.156,21	80.555,08
Beiträge zur Berufsgenossenschaft	2.430,00	3.682,58
Beiträge zur Zusatzversorgungskasse	<u>36.358,72</u>	<u>33.943,86</u>
	<u>130.944,93</u>	<u>118.181,52</u>
	<u>2014</u> EUR	<u>2013</u> EUR
6. <u>Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen</u>	<u>414.285,86</u>	<u>413.454,54</u>

	<u>2014</u> EUR	<u>2013</u> EUR
7. <u>Sonstige betriebliche Aufwendungen</u>	<u>270.619,33</u>	<u>256.171,56</u>
	<u>2014</u> EUR	<u>2013</u> EUR
Verwaltungskostenbeitrag	73.231,00	70.721,00
Sachkosten ADV	60.306,21	51.836,07
Versicherungen	26.823,06	26.758,14
Kraftfahrzeugkosten	21.894,54	21.271,73
Prüfungsgebühren und Beratungskosten	14.093,60	11.300,00
Porto und Telefongebühren	16.023,72	14.555,01
Büromiete und Nebenkosten	17.084,68	15.822,51
Verbandsbeiträge	4.878,56	4.441,42
Nebenkosten des Geldverkehrs	3.371,70	4.537,22
Bürobedarf	3.458,65	3.344,81
Fortbildung, Reise- und Bewirtungskosten, Sitzungsgelder	2.275,63	1.807,98
Pacht	2.126,97	2.126,97
Bekanntmachungskosten	198,00	528,14
Übrige	3.357,47	5.387,06
Periodenfremde und neutrale Aufwendungen		
• Zuführung Einzelwertberichtigung	5.349,19	0,00
• Erstattung Wassergeld aus Vorjahren	12.791,63	6.464,36
• Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	2,51	8,06
• Forderungsverluste	3.352,21	12.808,61
• Sonstige periodenfremde Aufwendungen	<u>0,00</u>	<u>2.452,47</u>
	<u>21.495,54</u>	<u>21.733,50</u>
	<u>270.619,33</u>	<u>256.171,56</u>

	<u>2014</u> EUR	<u>2013</u> EUR
8. <u>Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge</u>	<u>834,63</u>	<u>328,44</u>
	<u>2014</u> EUR	<u>2013</u> EUR
Kontokorrentzinsen	12,22	13,44
Aufzinsung gestundete Anschlussbeiträge	822,41	0,00
Stundungszinsen	<u>0,00</u>	<u>315,00</u>
	<u>834,63</u>	<u>328,44</u>
	<u>2014</u> EUR	<u>2013</u> EUR
9. <u>Zinsen und ähnliche Aufwendungen</u>	<u>115.388,03</u>	<u>109.473,76</u>
	<u>2014</u> EUR	<u>2013</u> EUR
Darlehenszinsen	114.092,29	106.493,14
Kontokorrentzinsen	<u>1.295,74</u>	<u>2.980,62</u>
	<u>115.388,03</u>	<u>109.473,76</u>
	<u>2014</u> EUR	<u>2013</u> EUR
10. <u>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</u>	<u>230.860,78</u>	<u>136.504,99</u>

	<u>2014</u> EUR	<u>2013</u> EUR
11. <u>Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</u>	<u>71.179,00</u>	<u>40.839,79</u>
	<u>2014</u> EUR	<u>2013</u> EUR
Körperschaftsteuer		
• Berichtsjahr	33.444,00	19.334,00
• Vorjahre	<u>0,00</u>	<u>7,00</u>
	33.444,00	19.341,00
Solidaritätszuschlag		
• Berichtsjahr	1.839,00	1.063,00
• Vorjahre	<u>0,00</u>	<u>0,79</u>
	1.839,00	1.063,79
Gewerbeertragsteuer		
• Berichtsjahr	<u>35.896,00</u>	<u>20.435,00</u>
	<u>71.179,00</u>	<u>40.839,79</u>
	<u>2014</u> EUR	<u>2013</u> EUR
12. <u>Sonstige Steuern</u>	<u>2.911,31</u>	<u>2.739,91</u>
	<u>2014</u> EUR	<u>2013</u> EUR
Kfz-Steuer	1.341,09	1.232,09
Grundsteuer	<u>1.570,22</u>	<u>1.507,82</u>
	<u>2.911,31</u>	<u>2.739,91</u>
	<u>2014</u> EUR	<u>2013</u> EUR
13. <u>Jahresgewinn</u>	<u>156.770,47</u>	<u>92.925,29</u>

	<u>2014</u> EUR
14. <u>Eigenkapitalverzinsung als Gewinnausschüttung</u>	<u>165.360,00</u>
	<u>2014</u> EUR
15. <u>Bilanzverlust</u>	<u>-8.589,53</u>

Rechtliche und steuerrechtliche Verhältnisse

I. Rechtliche Verhältnisse

1. Rechtsform: Eigenbetrieb (wirtschaftliches Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit) der Stadt, der geführt wird nach den Vorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen, den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung (EigVO) für das Land Nordrhein-Westfalen sowie den Bestimmungen der Betriebssatzung.
2. Handelsregistereintragung: Der Eigenbetrieb ist im Handelsregister des Amtsgerichts Bonn unter der Registernummer HRA 5142 eingetragen. Der aktuelle Auszug vom 11. Juni 2015 lag vor.
3. Gegenstand des Eigenbetriebes: Versorgung der Bevölkerung mit Wasser.
4. Sitz: Rheinbach.
5. Wirtschaftsjahr: Kalenderjahr.
6. Stammkapital: EUR 1.099.277,54.

Das Stammkapital ist vollständig eingezahlt.
7. Betriebssatzung: Gültig in der Fassung vom 30. Dezember 2013 (3. Änderungssatzung). Diese ist zum 30. Dezember 2013 in Kraft getreten.

8. **Betriebsleitung:** Seit 1. Januar 2008 ist Herr Walter Kohlosser (Kämmerer der Stadt Rheinbach) Betriebsleiter; Stellvertreter ist Herr Peter Eich.
9. **Betriebsausschuss:** Der Betriebsausschuss besteht aus acht Ratsmitgliedern, vier sachkundigen Bürgern sowie zwei Beschäftigten des Wasserwerkes.
- Die Aufgaben des Betriebsausschusses ergeben sich aus § 4 der Betriebssatzung.
10. **Wasserbezugsordnung:** Die rechtlichen Beziehungen zu den Anschlussnehmern regelt die Satzung der Stadt Rheinbach über die öffentliche Wasserversorgung und den Anschluss an die öffentliche Wasserversorgungsanlage - Wasserbezugsordnung vom 15. Dezember 1981 -, mit der 1. Änderungssatzung vom 16. Juli 2002. Die an die Vorschriften der AVB Wasser angepasste Satzung trat am 1. Januar 1982 in Kraft.
11. **Beitrags- und Gebührenordnung:** Neben die Wasserbezugsordnung tritt die Beitrags- und Gebührenordnung vom 17. Juli 1970, zuletzt geändert durch die zehnte Änderungssatzung, in Kraft getreten am 20. Oktober 2011.

12. Offenlegung des Vorjahres-
abschlusses:

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 wurde am 27. November 2014 durch den Rat der Stadt Rheinbach festgestellt. Der abschließende Vermerk der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen wurde am 14. Januar 2015 erteilt. Der Jahresabschluss wurde im amtlichen Mitteilungsblatt "Kultur und Gewerbe", März 2015, der Stadt Rheinbach bekannt gemacht. Der Jahresabschluss 2013 kann bis zur Feststellung des Jahresabschlusses 2014 zu den Geschäftszeiten des Wasserwerkes eingesehen werden.

Übersicht über die veranlagten Entgelte 2011 - 2015

	<u>2015</u>	<u>2014</u>	<u>2013</u>	<u>2012</u>	<u>2011</u>
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Anschlussbeitrag je m ²	2,25	2,25	2,25	2,25	2,25
Grundgebühr Wasserzähler je Monat					
2,5 Qn	5,90	5,90	4,09	4,09	4,09
6,0 Qn	14,19	14,19	7,67	7,67	7,67
10,0 Qn	23,64	23,64	12,78	12,78	23,64
15 Qn/2,5 Qn	47,29	47,29	25,56	25,56	25,56
40 QN/2,5 Qn	70,95	70,95	38,35	38,35	38,35
60 Qn/6,0 Qn	99,33	99,33	53,69	53,69	53,69
150 Qn/10,0Qn	141,88	141,88	76,69	76,69	76,69
Standrohre					
Für den ersten Monat der Ausleihdauer täglich	1,02	1,02	1,02	1,02	1,02
Ab dem zweiten Monat bei nicht unterbrochener Ausleihdauer täglich	0,26	0,26	0,26	0,26	0,26
Verbrauch je m ³ Wasser	1,42	1,42	1,38	1,38	1,38

Hinzuzurechnen ist die jeweilige gesetzliche Umsatzsteuer.

II. Steuerrechtliche Verhältnisse

1. Betriebsfinanzamt: Finanzamt Sankt Augustin,
Steuer-Nr.: 222/5726/0104.

2. Umsatzsteuer-
Identifikationsnummer: DE 123398287.

3. Letzte steuerliche Außen-
prüfung: Die letzte steuerliche Außenprüfung für Umsatz-,
Körperschaft- und Gewerbesteuer fand im März 1994
durch die Großbetriebsprüfungsstelle Köln I statt.

Die letzte Lohnsteueraußenprüfung wurde durch das
Finanzamt Bonn-Innenstadt für die Jahre 2011 bis
2013 durchgeführt.

Der Vorbehalt der Nachprüfung für die Körperschaft-
und Gewerbesteuer wurde für die Jahre 2006 bis
2010 aufgehoben.

Die Veranlagungen wurden bis zum Veranlagungszeit-
raum 2013 durchgeführt. Die Bescheide liegen vor.

Zusammensetzung und Entwicklung der Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und der empfangenen Ertragszuschüsse zum 31. Dezember 2014

	Zuführung			Auflösung			Buchwerte	
	Stand	Zuführung	Stand	Stand	Zuführung	Stand	31.12.2014	31.12.2013
	1.1.2014		31.12.2014	1.1.2014		31.12.2014		
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	
Empfangene Ertragszuschüsse								
1980 - 1992	2.133.646,85	0,00	2.133.646,85	2.133.635,34	0,00	2.133.635,34	11,51	11,51
1993	155.979,09	0,00	155.979,09	155.978,09	0,00	155.978,09	1,00	1,00
1994	339.297,34	0,00	339.297,34	339.296,34	0,00	339.296,34	1,00	1,00
1995	174.798,35	0,00	174.798,35	166.060,35	8.737,00	174.797,35	1,00	8.738,00
1996	268.382,83	0,00	268.382,83	241.543,83	13.419,00	254.962,83	13.420,00	26.839,00
1997	156.820,54	0,00	156.820,54	133.297,54	7.841,00	141.138,54	15.682,00	23.523,00
1998	319.613,28	0,00	319.613,28	255.694,28	15.981,00	271.675,28	47.938,00	63.919,00
1999	326.892,01	0,00	326.892,01	245.174,01	16.345,00	261.519,01	65.373,00	81.718,00
2000	235.526,47	0,00	235.526,47	164.869,47	11.776,00	176.645,47	58.881,00	70.657,00
2001	106.278,01	0,00	106.278,01	69.082,01	5.314,00	74.396,01	31.882,00	37.198,00
2002	98.035,45	0,00	98.035,45	58.824,45	4.902,00	63.726,45	34.309,00	39.211,00
	4.315.270,22	0,00	4.315.270,22	3.963.455,71	84.315,00	4.047.770,71	267.499,51	351.814,51
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen								
2007	86.008,49	0,00	86.008,49	24.249,49	3.985,00	28.234,49	57.774,00	61.759,00
2008	131.282,97	0,00	131.282,97	24.983,97	4.914,00	29.897,97	101.385,00	108.299,00
2009	180.757,94	0,00	180.757,94	28.392,94	6.952,00	35.344,94	146.413,00	152.365,00
2010	96.133,54	0,00	96.133,54	14.049,54	4.555,00	18.604,54	77.529,00	82.084,00
2011	131.422,91	0,00	131.422,91	12.667,91	6.080,00	18.747,91	112.675,00	118.755,00
2012	161.979,57	0,00	161.979,57	8.098,57	7.473,00	15.571,57	146.408,00	153.881,00
2013	123.528,26	0,00	123.528,26	426,26	5.091,00	5.517,26	118.011,00	123.102,00
2014	0,00	148.416,52	148.416,52	0,00	413,52	413,52	148.003,00	0,00
	911.113,68	148.416,52	1.059.530,20	112.868,68	39.463,52	152.332,20	907.198,00	798.245,00
	5.226.383,90	148.416,52	5.374.800,42	4.076.324,39	123.778,52	4.200.102,91	1.174.697,51	1.150.059,51

Zusammensetzung und Entwicklung der langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten zum 31. Dezember 2014

Gläubiger	Stand	Zugang	Tilgung	Stand	Ursprüngl. Darlehenshöhe	Auszahlungs- kurs	Zinsen		Tilgung	Zinsbindung
	1.1.2014			31.12.2014			%	EUR		
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	%	%	EUR	%	
1. Westfälische Landschaft Bodenkreditbank, Münster Nr. 200955101	334.645,63	0,00	32.469,86	302.175,77	540.283,79	100	4,11	13.423,70	1,5% + e.Z.	30.06.2016
2. Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG, Hamburg Nr. 3023274804	229.343,39	0,00	31.218,69	198.124,70	467.513,25	100	2,64	5.849,97	5,28% + e.Z.	30.12.2020
3. Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG, Hamburg Nr. 3023274809	17.323,69	0,00	9.608,08	7.715,61	83.425,00	100	3,45	515,50	8,685% + e.Z.	31.12.2022
4. Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG, Hamburg Nr. 3023274807	19.380,93	0,00	14.002,31	5.358,62	123.188,44	100	2,95	468,63	1,5% + e.Z.	30.12.2015
5. Westfälische Landschaft Bodenkreditbank, Münster Nr. 200955100	5.802,37	0,00	5.554,72	247,65	40.981,49	100	4,11	181,98	1,5% + e.Z.	30.03.2015
6. Kreissparkasse Köln Nr. 530012251	15.165,84	0,00	5.171,01	9.994,83	86.919,62	100	4,85	673,59	4,93% + e.Z.	15.12.2016
7. Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG, Hamburg Nr. 3023274811	94.985,10	0,00	9.491,25	85.493,85	160.227,22	100	3,47	3.214,35	4,46% + e.Z.	30.12.2015
8. Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG, Hamburg Nr. 3023274813	71.803,91	0,00	6.022,47	65.781,44	102.836,83	100	4,48	3.150,11	4,43% + e.Z.	30.12.2017
9. Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG, Hamburg Nr. 3023274805	160.748,25	0,00	9.547,49	151.200,76	220.284,51	100	3,94	5.942,34	1,5% + e.Z.	30.11.2024
10. Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG, Hamburg Nr. 3023274812	420.339,89	0,00	18.059,10	402.280,79	513.395,76	100	4,48	18.631,20	2,867% + e.Z.	30.12.2017
11. Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG, Hamburg Nr. 3023274803	42.842,59	0,00	34.852,18	7.990,41	319.138,58	100	4,25	428,96	6,805% + e.Z.	30.12.2023
12. Kreissparkasse Köln Nr. 530012707	282.983,66	0,00	26.629,14	256.354,52	448.673,20	100	4,36	6.328,74	2,986% + e.Z.	30.12.2023
13. Kreissparkasse Köln Nr. 6007846885	708.458,38	0,00	15.905,04	692.553,34	800.000,00	100	4,09	28.814,96	1,5% + e.Z.	30.12.2018
14. Kreissparkasse Köln Nr. 6017958547	1.100.000,00	0,00	24.899,74	1.075.100,26	1.100.000,00	100	2,42	26.470,26	2,25% + e.Z.	30.06.2023
Summe	3.503.803,63	0,00	243.431,08	3.260.372,55	5.006.867,69			114.092,29		

Wasserwerk der Stadt Rheinbach, Rheinbach

IDW Prüfungsstandard:
Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG
(IDW PS 720)

Fragenkatalog zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung
und der wirtschaftlichen Verhältnisse

Fragenkreis 1: Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge

- a) Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?

Es besteht ein Arbeits- und Geschäftsverteilungsplan für die Stadt Rheinbach. In diesem sind auch die Aufgaben für die Betriebsleitung und die einzelnen Sachbearbeiter des Wasserwerkes geregelt. Die Zuständigkeiten für Betriebsleitung und Betriebsausschuss sind in der Betriebssatzung des Wasserwerkes geregelt. Die Regelungen entsprechen den Bedürfnissen des Wasserwerkes.

- b) Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?

In 2014 fand eine Sitzung des Betriebsausschusses statt. Der Stadtrat befasste sich im Berichtsjahr ebenfalls in einer Sitzung mit den Belangen des Wasserwerkes. Niederschriften über die Sitzungen wurden erstellt.

- c) In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 5 AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?

Der Betriebsleiter ist auskunftsgemäß in keinem weiteren Aufsichtsrat oder Kontrollgremium tätig.

- d) Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?

Die Vergütungen für die Mitglieder der Betriebsleitung und des Betriebsausschusses werden im Anhang angegeben. Erfolgsbezogene Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung bestehen nicht.

Fragenkreis 2: Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

- a) Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?

Es besteht ein Arbeits- und Geschäftsverteilungsplan der Stadt Rheinbach, in dem das Wasserwerk integriert ist.

Eine Überprüfung findet bei organisatorischen und wesentlichen personellen Änderungen innerhalb der Stadt Rheinbach statt.

- b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?

Nein, derartige Anhaltspunkte haben sich im Rahmen der Prüfung nicht ergeben.

- c) Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?

Es besteht das Vier-Augen-Prinzip. Darüber hinaus werden vor der Vergabe von Liefer- und Dienstverträgen mit einem Wert über EUR 25.000,00 bzw. bei Vergabe von Bauleistungen über EUR 50.000,00 von der Vergabestelle der Stadt Rheinbach Anfragen an die Informationsstelle für Vergabeausschüsse beim Finanzministerium NRW gerichtet, ob Eintragungen hinsichtlich der Bieterin/des Bieters, die/der den Zuschlag erhalten soll, vorliegen.

Auftragsvergaben über EUR 26.000,00 bedürfen der Zustimmung des Betriebsausschusses.

- d) Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?

Anweisungen bezüglich Auftragsvergaben und Stundung/Niederschlagung von Forderungen bestehen im Rahmen der Betriebssatzung. Daneben bestehen diverse Dienstanweisungen, u.a. eine "Vergabeordnung" der Stadt Rheinbach, an die das Wasserwerk gebunden ist.

Anhaltspunkte, dass diese nicht eingehalten werden, haben sich im Rahmen der Prüfung nicht ergeben.

- e) Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z.B. Grundstücksverwaltung, EDV)?

Es existiert eine ordnungsgemäße Ablage, die einen schnellen Zugriff ermöglicht.

Fragenkreis 3: Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

- a) Entspricht das Planungswesen auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten den Bedürfnissen des Unternehmens?

Das Planungswesen entspricht den Bedürfnissen des Eigenbetriebes.

- b) Werden Planabweichungen systematisch untersucht?

Es werden Quartalsberichte erstellt, die dem Betriebsausschuss vorgelegt werden. Planabweichungen werden systematisch untersucht.

- c) Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?

Das Rechnungswesen entspricht der Größe und den Anforderungen des Wasserwerkes. Eine Kostenrechnung besteht nicht. Eine Nachkalkulation der Wasserpreise erfolgt nicht. Als relevante Entscheidungsgröße für die Gebührengestaltung dient das Jahresergebnis.

- d) Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u.a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?

Die Überwachung der Liquidität obliegt den Mitarbeitern der Buchhaltung. Kredite werden vertragsgemäß getilgt.

- e) Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?

Nicht anwendbar.

- f) Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?

Die Entgelte aus Wasserlieferungen werden jährlich auf Grundlage der Ablesung abgerechnet. Daneben werden, jeweils im Abstand von vier Monaten, Abschläge in Höhe des Vorjahresverbrauches fällig.

Die übrigen Leistungen, wie z.B. die Herstellung von Hausanschlüssen, werden ebenfalls zeitnah abgerechnet.

- g) Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/Konzernbereiche?

Ein Controlling als eigenständige Stelle ist nicht eingerichtet und aufgrund der Größe des Wasserwerkes entbehrlich.

Es erfolgen im Rahmen der Quartalsberichte an den Betriebsausschuss regelmäßige Mitteilungen über die Entwicklung innerhalb des Wasserwerkes.

- h) Ermöglichen das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?

Es bestehen weder Tochterunternehmen, noch Unternehmen mit einer wesentlichen Beteiligung.

Fragenkreis 4: Risikofrüherkennungssystem

- a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?

Ein eigenständiges Risikofrüherkennungssystem besteht aufgrund der im Zeitablauf gleich bleibenden Tätigkeit (Wasserversorgung) nicht. Seitens der Betriebsleitung wurden diverse Einzelmaßnahmen ergriffen, um die Entwicklung des Wasserwerkes laufend zu beobachten und dabei auch mögliche bestandsgefährdende Risiken frühzeitig zu erkennen.

So besteht z.B. ein Maßnahmenplan für die Wasserversorgung der Stadt Rheinbach, der bei eventuell auftretenden Notsituationen der Wasserversorgung eine reibungslose, zügige Kommunikation zwischen den verantwortlichen Stellen gewährleisten soll. Die Entwicklung des Wasserabsatzes kann anhand der Netzeinspeisung und der monatlich erstellten Rechnungen der Vorlieferanten überwacht werden.

Von kaufmännischer Seite werden die Planzahlen mit den Istzahlen regelmäßig verglichen. Seitens der Betriebsleitung erfolgen Quartalsberichte an den Betriebsausschuss.

- b) Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?

Die Maßnahmen reichen aus, um den Zweck der rechtzeitigen Erkennung von Risiken zu erfüllen. Anhaltspunkte, dass Maßnahmen nicht durchgeführt wurden, haben sich im Rahmen der Prüfung nicht ergeben.

- c) Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?

Diese Maßnahmen sind als Arbeitsanweisungen durch die Betriebsleitung dokumentiert.

- d) Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?

Aufgrund der gleichbleibenden Geschäftstätigkeit (Wasserversorgung) ist eine kontinuierliche und systematische Abstimmung der Frühwarnsignale entbehrlich. Bei Bedarf erfolgt jedoch eine Fortschreibung der Dokumentation.

Fragenkreis 5: Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten schriftlich festgelegt? Dazu gehört:

- Welche Produkte/Instrumente dürfen eingesetzt werden?
- Mit welchen Partnern dürfen die Produkte/Instrumente bis zu welchen Beträgen eingesetzt werden?
- Wie werden die Bewertungseinheiten definiert und dokumentiert und in welchem Umfang dürfen offene Posten entstehen?
- Sind die Hedge-Strategien beschrieben, z.B. ob bestimmte Strategien ausschließlich zulässig sind bzw. bestimmte Strategien nicht durchgeführt werden dürfen (z.B. antizipatives Hedging)?

Entfällt.

b) Werden Derivate zu anderen Zwecken eingesetzt als zur Optimierung von Kreditkonditionen und zur Risikobegrenzung?

Entfällt.

c) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung ein dem Geschäftsumfang entsprechendes Instrumentarium zur Verfügung gestellt insbesondere in Bezug auf

- Erfassung der Geschäfte
- Beurteilung der Geschäfte zum Zweck der Risikoanalyse
- Bewertung der Geschäfte zum Zweck der Rechnungslegung
- Kontrolle der Geschäfte?

Entfällt.

d) Gibt es eine Erfolgskontrolle für nicht der Risikoabsicherung (Hedging) dienende Derivatgeschäfte und werden Konsequenzen aufgrund der Risikoentwicklung gezogen?

Entfällt.

- e) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung angemessene Arbeitsanweisungen erlassen?

Entfällt.

- f) Ist die unterjährige Unterrichtung der Geschäfts-/Konzernleitung im Hinblick auf die offenen Positionen, die Risikolage und die ggf. zu bildenden Vorsorgen geregelt?

Entfällt.

Fragenkreis 6: Interne Revision

- a) Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende Interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?

Eine interne Revision als eigenständige Stelle besteht nicht.

- b) Wie ist die Anbindung der Internen Revision/Konzernrevision im Unternehmen/Konzern? Besteht bei ihrer Tätigkeit die Gefahr von Interessenkonflikten?

Siehe a).

- c) Welches waren die wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkte der Internen Revision/Konzernrevision im Geschäftsjahr? Wurde auch geprüft, ob wesentlich miteinander unvereinbare Funktionen (z.B. Trennung von Anweisung und Vollzug) organisatorisch getrennt sind? Wann hat die Interne Revision das letzte Mal über Korruptionsprävention berichtet? Liegen hierüber schriftliche Revisionsberichte vor?

Siehe a).

- d) Hat die Interne Revision ihre Prüfungsschwerpunkte mit dem Abschlussprüfer abgestimmt?

Siehe a).

- e) Hat die Interne Revision/Konzernrevision bemerkenswerte Mängel aufgedeckt und um welche handelt es sich?

Siehe a).

- f) Welche Konsequenzen werden aus den Feststellungen und Empfehlungen der Internen Revision/Konzernrevision gezogen und wie kontrolliert die Interne Revision/Konzernrevision die Umsetzung ihrer Empfehlungen?

Siehe a).

Fragenkreis 7: Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans

- a) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?

Derartige Anhaltspunkte haben sich im Rahmen der Prüfung nicht ergeben.

- b) Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?

Kredite an Mitglieder der Betriebsleitung oder des Betriebsausschusses wurden nicht gewährt.

- c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z.B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?

Derartige Anhaltspunkte haben sich im Rahmen der Prüfung nicht ergeben.

- d) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?

Derartige Anhaltspunkte haben sich im Rahmen der Prüfung nicht ergeben.

Fragenkreis 8: Durchführung von Investitionen

- a) Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?

Im Rahmen des Wirtschaftsplans erfolgt eine mittelfristige Investitionsplanung, deren Ergebnisse in dem Erfolgs- und Vermögensplan berücksichtigt werden.

Eine Überprüfung auf Rentabilität bzw. Wirtschaftlichkeit ist im Falle defekter Leitungen nicht immer zweckmäßig, da die Versorgungssicherheit gewährleistet sein muss.

- b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z.B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?

Vor der Durchführung von Investitionen werden alternative Vergleichsangebote eingeholt.

- c) Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?

Es erfolgt eine globale Überwachung im Rahmen des Soll-Ist-Vergleichs. Die Ergebnisse werden in den Gremiensitzungen besprochen.

- d) Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?

Bei einzelnen Maßnahmen haben sich gegenüber den Planansätzen Überschreitungen ergeben; insgesamt wurden die Planansätze jedoch nicht ausgeschöpft.

- e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?

Nein, derartige Anhaltspunkte haben sich im Rahmen der Prüfung nicht ergeben.

Fragenkreis 9: Vergaberegelungen

- a) Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen (z.B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelungen) ergeben?

Im Rahmen unserer Jahresabschlussprüfung haben sich keine Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen ergeben.

- b) Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z.B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?

Es erfolgte eine Ausschreibung sämtlicher Bauarbeiten. Für andere Geschäfte, wie z.B. die Kreditaufnahme, werden Konkurrenzangebote eingeholt.

Fragenkreis 10: Berichterstattung an das Überwachungsorgan

- a) Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?

Seitens der Betriebsleitung erfolgt eine Berichterstattung an den Betriebsausschuss in den entsprechenden - protokollierten - Sitzungen.

- b) Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?

Die Berichte vermitteln einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Wasserwerkes.

- c) Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?

Das Überwachungsorgan (Betriebsausschuss) wird zeitnah informiert. Ungewöhnliche und risikoreiche Geschäftsvorfälle sind uns im Rahmen der Prüfung nicht bekannt geworden.

- d) Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?

Derartige Themen waren im Berichtsjahr nicht gegeben.

- e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z.B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?

Nein, derartige Anhaltspunkte haben sich im Rahmen der Prüfung nicht ergeben.

- f) Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?

Nein, eine D&O-Versicherung besteht nicht.

- g) Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offen gelegt worden?

Derartige Interessenkonflikte sind uns im Rahmen unserer Prüfung nicht bekannt geworden.

Fragenkreis 11: Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

- a) Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?

Nein.

- b) Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?

Nein.

- c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?

Ohne Sachverständigen Gutachten sind evtl. stille Reserven im Grundbesitz nicht zu beurteilen, im Übrigen sind keine stillen Reserven ersichtlich.

Fragenkreis 12: Finanzierung

- a) Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?

Das Anlagevermögen ist zu 101,4 % durch Eigenkapital und eigenkapitalähnliche Posten sowie langfristiges Fremdkapital gedeckt. Wesentliche Investitionsverpflichtungen bestanden am Abschlussstichtag nicht.

- b) Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?

Entfällt.

- c) In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?

Das Wasserwerk hat im Berichtsjahr weder Finanz-/Fördermittel noch Garantien der öffentlichen Hand erhalten.

Fragenkreis 13: Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

- a) Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?

Es bestehen keine Finanzierungsprobleme aus der Eigenkapitalausstattung.

- b) Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?

Gemäß Beschluss des Rates der Stadt Rheinbach führt der Eigenbetrieb eine Ausschüttung als Eigenkapitalverzinsung in Höhe von TEUR 166 an die Stadt ab. Diese soll aus dem Jahresgewinn in Höhe von TEUR 157 und einer Entnahme aus dem Gewinnvortrag in Höhe von TEUR 9 bedient werden. Dies ist mit der wirtschaftlichen Lage vereinbar.

Fragenkreis 14: Rentabilität/Wirtschaftlichkeit

- a) Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/Konzernunternehmen zusammen?

Es bestehen keine Segmente.

- b) Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?

Das Jahresergebnis ist nicht entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt.

- c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?

Anhaltspunkte, dass Leistungsbeziehungen zur Stadt Rheinbach zu unangemessenen Konditionen vorgenommen wurden, haben sich im Rahmen der Prüfung nicht ergeben.

- d) Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?

Entfällt.

Fragenkreis 15: Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen

- a) Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?

Nein.

- b) Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?

Entfällt.

Fragenkreis 16: Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

- a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?

Entfällt.

- b) Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?

Ab 2014 sind die laufenden Entgelte und die Grundgebühren angehoben worden.

II. <u>Sachanlagen</u>	31.12.2014	EUR	<u>6.559.324,53</u>
	31.12.2013	EUR	6.710.261,27
1. <u>Grundstücke mit Betriebs- und anderen Bauten</u>	31.12.2014	EUR	<u>168.967,67</u>
	31.12.2013	EUR	171.624,67

Hierunter wird das Betriebsgebäude Aachener Straße 46b ausgewiesen.

2. <u>Gewinnungs- und Bezugsanlagen</u>	31.12.2014	EUR	<u>12.837,94</u>
	31.12.2013	EUR	13.437,94

Der Ausweis betrifft Brunnen und Pumpenhäuser.

3. <u>Verteilungsanlagen</u>	31.12.2014	EUR	<u>6.153.531,11</u>
	31.12.2013	EUR	6.313.225,62

Hierunter werden die Speicheranlagen, das Hauptrohrnetz und die Hausanschlüsse ausgewiesen.

Zu Zugang und Umbuchung

	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
<u>Speicheranlagen</u>		
Sanierung Hochbehälter Beuelskopf		35.056,34
<u>Hauptrohrnetz</u>		
Rheinbach, Stadtpark	34.161,12	
Rheinbach, Weilerweg	25.009,62	
Rheinbach, Vogelsang	19.927,72	
Rheinbach, Raiffeisenweg	18.926,48	
Rheinbach, Waldblick	5.308,48	
Rheinbach, Eichenstraße	<u>3.066,08</u>	
		106.399,50
Hausanschlüsse 2014		<u>43.961,25</u>
		<u>185.417,09</u>

4. <u>Maschinen und maschinelle Anlagen</u>	31.12.2014 EUR	<u>88.887,67</u>
	31.12.2013 EUR	41.195,67

Im Berichtsjahr wurde ein Stromerzeuger (Tandem-Anhänger) im Wert von EUR 62.680,50 angeschafft.

5. <u>Betriebs- und Geschäftsausstattung</u>	31.12.2014 EUR	<u>105.603,18</u>
	31.12.2013 EUR	133.209,18

Hierunter werden die Betriebsausstattung, die Geschäftsausstattung, der Fuhrpark und die geringwertigen Wirtschaftsgüter ausgewiesen.

Zu Zugang

	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
<u>Betriebsausstattung</u>		
Schmutzwasserpumpe Jung	1.486,72	
PE-Rohr-Quetschvorrichtung Q63	<u>515,97</u>	
		2.002,69
<u>Geschäftsausstattung</u>		
EDV-Ausstattung	1.975,18	
Mobiles Scangerät PDA	1.290,00	
Standleitungsmodem für HB Tomburg	<u>526,00</u>	
		3.791,18
<u>Geringwertige Wirtschaftsgüter</u>		<u>2.757,88</u>
		<u>8.551,75</u>

6. <u>Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau</u>	31.12.2014 EUR	<u>29.496,96</u>
	31.12.2013 EUR	37.568,19

	1.1.2014 EUR	Zugang EUR	Umbuchung EUR	31.12.2014 EUR
Sanierung Hochbehälter Todenfeld	0,00	13.580,77	0,00	13.580,77
Erneuerung Hauptrohrnetz Oberdrees/Peppenhoven	4.641,61	7.464,02	0,00	12.105,63
Sanierung Hochbehälter Beuelskopf	30.681,58	4.374,76	-35.056,34	0,00
Hochbehälter Stadtwald, Schaltschrank	0,00	1.565,56	0,00	1.565,56
Wasserleitung Boschstraße	2.245,00	0,00	0,00	2.245,00
	<u>37.568,19</u>	<u>26.985,11</u>	<u>-35.056,34</u>	<u>29.496,96</u>

Buchverluste Sachanlagevermögen

	Anschaffungs- kosten EUR	Kumulierte Abschreibungen EUR	Restbuchwert EUR	Erlös EUR	Buchverlust EUR
Vertellungsanlagen					
Hauptrohrnetz Rheinbach	90.868,84	90.867,84	1,00	0,00	1,00
Hausanschlüsse Rheinbach	29.705,97	29.705,46	0,51	0,00	0,51
	<u>120.574,81</u>	<u>120.573,30</u>	<u>1,51</u>	<u>0,00</u>	<u>1,51</u>
Betriebs- und Geschäftsausstattung					
Drucker Officejet 7000	231,38	230,38	1,00	0,00	1,00
	<u>120.806,19</u>	<u>120.803,68</u>	<u>2,51</u>	<u>0,00</u>	<u>2,51</u>

B.	<u>Umlaufvermögen</u>	31.12.2014	EUR	<u>1.118.305,11</u>
		31.12.2013	EUR	880.385,95
I.	<u>Vorräte</u>	31.12.2014	EUR	<u>181.862,88</u>
		31.12.2013	EUR	165.273,06
	<u>Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe</u>	31.12.2014	EUR	<u>181.862,88</u>
		31.12.2013	EUR	165.273,06
		<u>31.12.2014</u>	<u>EUR</u>	<u>31.12.2013</u>
				<u>EUR</u>
	Bau- und Installationsstoffe			
	• Hauptrohrnetzmaterial	141.753,59		125.508,00
	• Hausanschlussmaterial	<u>40.109,29</u>		<u>39.765,06</u>
		<u>181.862,88</u>		<u>165.273,06</u>
II.	<u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>	31.12.2014	EUR	<u>886.144,32</u>
		31.12.2013	EUR	678.904,52
1.	<u>Forderungen aus Lieferungen und Leistungen</u>	31.12.2014	EUR	<u>646.517,62</u>
		31.12.2013	EUR	406.161,57
		<u>31.12.2014</u>	<u>EUR</u>	<u>31.12.2013</u>
				<u>EUR</u>
	Forderungsbestand			
	• Wassergeld	602.443,74		372.330,56
	• Reparaturkostenerstattungen	19.880,84		7.952,28
	• Hausanschlusskosten	43.153,64		17.477,26
	• Anliegerbeiträge	24.536,76		41.810,51
	• Arbeiten für Dritte und Materialabgaben	<u>1.439,23</u>		<u>6.178,36</u>
		<u>691.454,21</u>		<u>445.748,97</u>
	Einzelwertberichtigungen	<u>-44.936,59</u>		<u>-39.587,40</u>
		<u>646.517,62</u>		<u>406.161,57</u>

2. Forderungen an die Stadt

31.12.2014 EUR 55.473,06

31.12.2013 EUR 51.946,43

<u>31.12.2014</u>	<u>31.12.2013</u>
EUR	EUR

Umsatzsteuer

• Umsatzsteuer Vorjahr	0,00	7.830,55
• Umsatzsteuer Berichtsjahr	0,00	1.015,11
• Umsatzsteuer II. Quartal	0,00	10.126,25
• Umsatzsteuer IV. Quartal	<u>0,00</u>	<u>558,22</u>
	0,00	19.530,13

Gewerbsteuer

• Gewerbsteuer 2012	0,00	10.230,00
• Gewerbsteuer 2013	<u>0,00</u>	<u>230,00</u>
	0,00	10.460,00

Anteilige Ablesekosten

11.633,18 11.054,52

Reparaturkostenerstattungen

8.278,32 0,00

EDV-Kosten

0,00 8.708,22

Kapitalertragsteuer inkl. Solidaritätszuschlag

26.168,22 0,00

Übrige

9.393,34 2.193,56

55.473,06 **51.946,43**

3. <u>Sonstige Vermögensgegenstände</u>	31.12.2014 EUR	<u>184.153,64</u>
	31.12.2013 EUR	220.796,52
	<u>31.12.2014</u>	<u>31.12.2013</u>
	EUR	EUR
Zinslos gestundeter Anschlussbeitrag 2003	117.661,02	103.110,33
Zinslos gestundete Anschlussbeiträge Vorjahre	15.551,92	15.924,53
Forderungen gegen das Finanzamt		
• Körperschaftsteuer		
- 2012	0,00	17.487,00
- 2013	<u>7.622,00</u>	<u>7.622,00</u>
	7.622,00	25.109,00
• Solidaritätszuschlag		
- 2012	0,00	959,21
- 2013	<u>417,00</u>	<u>417,00</u>
	417,00	1.376,21
	8.039,00	26.485,21
Erstattungsanspruch Wassergeld WTV	42.051,88	74.836,12
Übrige	<u>849,82</u>	<u>440,33</u>
	<u>184.153,64</u>	<u>220.796,52</u>

III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten

	31.12.2014	EUR	<u>50.297,91</u>
	31.12.2013	EUR	36.208,37
	<u>31.12.2014</u>		<u>31.12.2013</u>
	EUR		EUR
Kassenbestand	69,58		171,19
Guthaben bei Kreditinstituten			
• Deutsche Bank AG, Rheinbach, Konto 3322500	0,00		623,31
• Commerzbank AG, Rheinbach, Konto 600148800	0,00		832,89
• Raiffeisenbank Rheinbach Voreifel eG, Rheinbach, Konto 2091075	277,06		276,80
• Postbank Köln, Konto 0232400508	1.918,77		10.278,66
• Raiffeisenbank Rheinbach Voreifel eG, Rheinbach, Konto 10805023	45.709,02		24.025,52
• Kreissparkasse Köln, Rheinbach, Konto 45802709	2.323,48		0,00
	<u>50.228,33</u>		<u>36.037,18</u>
	<u>50.297,91</u>		<u>36.208,37</u>

Passiva

A. Eigenkapital 31.12.2014 EUR 2.434.849,27
31.12.2013 EUR 2.443.438,80

I. Stammkapital 31.12.2014 EUR 1.099.277,54
31.12.2013 EUR 1.099.277,54

In Übereinstimmung mit § 11 der Betriebssatzung.

II. Allgemeine Rücklage 31.12.2014 EUR 198.244,33
31.12.2013 EUR 198.244,33

Keine Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

III. Gewinnvortrag 31.12.2014 EUR 1.145.916,93
31.12.2013 EUR 1.052.991,64

Gemäß Beschluss des Rates vom 27. November 2014 wurde auf Empfehlung des Betriebsausschusses der Jahresgewinn 2013 auf neue Rechnung vorgetragen.

IV. Jahresgewinn 31.12.2014 EUR -
31.12.2013 EUR 92.925,29

V. Bilanzverlust 31.12.2014 EUR -8.589,53
31.12.2013 EUR -

B.	<u>Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen</u>	31.12.2014	EUR	<u>907.198,00</u>
		31.12.2013	EUR	798.245,00

Zur Zusammensetzung und Entwicklung verweisen wir auf die Anlage 6.

C.	<u>Empfangene Ertragszuschüsse</u>	31.12.2014	EUR	<u>267.499,51</u>
		31.12.2013	EUR	351.814,51

Zur Zusammensetzung und Entwicklung verweisen wir auf die Anlage 6.

D. <u>Rückstellungen</u>	31.12.2014	EUR	<u>99.891,00</u>
	31.12.2013	EUR	40.800,00

1. <u>Steuerrückstellungen</u>	31.12.2014	EUR	<u>50.591,00</u>
	31.12.2013	EUR	0,00

	1.1.2014 EUR	Zuführung EUR	31.12.2014 EUR
<u>Rückstellung Gewerbesteuer</u>			
Gewerbesteuer 2014	0,00	25.297,00	25.297,00
<u>Rückstellungen Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag</u>			
Körperschaftsteuer 2014	0,00	25.294,00	25.294,00
	<u>0,00</u>	<u>50.591,00</u>	<u>50.591,00</u>

2. <u>Sonstige Rückstellungen</u>	31.12.2014	EUR	<u>49.300,00</u>
	31.12.2013	EUR	40.800,00

	1.1.2014 EUR	Inanspruch- nahme EUR	Zuführung EUR	31.12.2014 EUR
Prüfungs- und Beratungskosten	11.300,00	9.000,00	11.300,00	13.600,00
Interne Jahresabschlusskosten	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00
Urlaubsansprüche	23.500,00	23.500,00	22.100,00	22.100,00
Ausstehende Rechnungen	0,00	0,00	4.200,00	4.200,00
Überstunden	1.000,00	1.000,00	4.400,00	4.400,00
	<u>40.800,00</u>	<u>38.500,00</u>	<u>47.000,00</u>	<u>49.300,00</u>

E. <u>Verbindlichkeiten</u>	31.12.2014 EUR	<u>3.967.997,28</u>
	31.12.2013 EUR	3.952.030,33
1. <u>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</u>	31.12.2014 EUR	<u>3.671.664,21</u>
	31.12.2013 EUR	3.635.381,03
	<u>31.12.2014</u>	<u>31.12.2013</u>
	EUR	EUR
Langfristige Verbindlichkeiten	3.260.372,55	3.503.803,63
Kontokorrentkredite		
• Kreissparkasse Köln, Nr. 45802709	0,00	105.762,27
• Kreissparkasse Köln, Nr. 396001580	<u>325.000,00</u>	<u>0,00</u>
	325.000,00	105.762,27
Noch nicht abgebuchte Annuitäten	<u>86.291,66</u>	<u>25.815,13</u>
	<u>3.671.664,21</u>	<u>3.635.381,03</u>
2. <u>Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen</u>	31.12.2014 EUR	<u>132.329,41</u>
	31.12.2013 EUR	95.791,98
3. <u>Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt</u>	31.12.2014 EUR	<u>30.497,00</u>
	31.12.2013 EUR	2.916,40
	<u>31.12.2014</u>	<u>31.12.2013</u>
	EUR	EUR
Gewerbsteuer	10.000,00	0,00
Porto-, Telefon und Dieselkosten	3.242,26	2.916,40
Übertrag	13.242,26	2.916,40

	<u>31.12.2014</u> EUR	<u>31.12.2013</u> EUR
Übertrag	13.242,26	2.916,40
Umsatzsteuer		
• Umsatzsteuervorauszahlungen	-14.136,59	0,00
• Umsatzsteuerabwicklung	24.955,66	0,00
• Umsatzsteuer Vorjahr	<u>-1.015,11</u>	<u>0,00</u>
	9.803,96	0,00
Personalkostenerstattungen	<u>7.450,78</u>	<u>0,00</u>
	<u><u>30.497,00</u></u>	<u><u>2.916,40</u></u>

4. Sonstige Verbindlichkeiten

31.12.2014 EUR	<u>133.506,66</u>
31.12.2013 EUR	217.940,92

	<u>31.12.2014</u> EUR	<u>31.12.2013</u> EUR
Verbindlichkeiten aus Steuern		
• Lohn- und Kirchensteuer für Monat Dezember	4.090,93	4.346,19
• Kapitalertragsteuer inkl. Solidaritätszuschlag	<u>26.168,22</u>	<u>0,00</u>
	30.259,15	4.346,19
Übrige Verbindlichkeiten		
• Überzahlungen aus Verbrauchsabrechnung	87.600,83	198.116,32
• Kautionsstandrohre	12.939,02	12.245,99
• Berufsgenossenschaft	2.430,00	2.734,00
• Sicherheitsleistung Werkswohnung	277,06	276,80
• Sonstiges	<u>0,60</u>	<u>221,62</u>
	<u>103.247,51</u>	<u>213.594,73</u>
	<u><u>133.506,66</u></u>	<u><u>217.940,92</u></u>

F. <u>Rechnungsabgrenzungsposten</u>	31.12.2014 EUR	<u>7.769,09</u>
	31.12.2013 EUR	11.227,09
	<u>31.12.2014</u> EUR	<u>31.12.2013</u> EUR
Vereinnahmte Pachtvorauszahlung	7.581,09	11.039,09
Vereinnahmte Miete Werkswohnung für Januar Folgejahr	<u>188,00</u>	<u>188,00</u>
	<u><u>7.769,09</u></u>	<u><u>11.227,09</u></u>

Zu Vereinnahmte Pachtvorauszahlung

Der Ausweis betrifft eine vereinnahmte Pachtvorauszahlung in Höhe von ursprünglich EUR 39.880,77. Das Pachtverhältnis begann am 1. April 1997, die Auflösung erfolgt über eine Laufzeit von 20 Jahren. In 2012 fand eine vorzeitige Verlängerung des Pachtvertrages um 10 weitere Jahre statt.

Gewinn- und Verlustrechnung für 2014

Die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt nach dem Gesamtkostenverfahren.

	<u>2014</u>	<u>2013</u>
	EUR	EUR
1. <u>Umsatzerlöse</u>	<u>2.772.727,86</u>	<u>2.527.664,09</u>
	<u>2014</u>	<u>2013</u>
	EUR	EUR
Erlöse aus Verbrauchsabrechnung		
• Wasserverkauf		
- Tarif- und Großabnehmer	1.968.783,14	1.852.237,38
- Bauwasser	3.798,64	8.169,60
- Verbrauchsabgrenzung	<u>-12.346,01</u>	<u>49.444,06</u>
	1.960.235,77	1.909.851,04
• Grundgebühr	<u>639.924,97</u>	<u>436.835,21</u>
	2.600.160,74	2.346.686,25
Installations- und Reparaturarbeiten		
• Erstattung Reparaturkosten Hausanschlüsse	45.172,40	41.387,66
• Erstattung Reparaturkosten Wasserzähler	0,00	59,70
• Arbeiten für Dritte	<u>3.616,20</u>	<u>4.342,22</u>
	48.788,60	45.789,58
Auflösung empfangener Ertragszuschüsse/Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	<u>123.778,52</u>	<u>135.188,26</u>
	<u>2.772.727,86</u>	<u>2.527.664,09</u>

	<u>2014</u> EUR	<u>2013</u> EUR
2. <u>Andere aktivierte Eigenleistungen</u>	<u>35.535,36</u>	<u>50.042,99</u>
	<u>2014</u> EUR	<u>2013</u> EUR
Lohnkosten	23.639,29	32.878,26
Gemeinkostenzuschlag Lohn	9.455,88	13.158,82
Gemeinkostenzuschlag auf Materialkosten	1.292,69	2.586,41
Fuhrparkkosten	<u>1.147,50</u>	<u>1.419,50</u>
	<u>35.535,36</u>	<u>50.042,99</u>
	<u>2014</u> EUR	<u>2013</u> EUR
3. <u>Sonstige betriebliche Erträge</u>	<u>34.137,45</u>	<u>79.266,76</u>
	<u>2014</u> EUR	<u>2013</u> EUR
Ordentliche Erträge		
• Überlassung Wasserzählerdaten	9.775,78	9.289,51
• Mahngebühren, Säumniszuschläge	8.750,47	6.640,73
• Mieten und Pachten	3.252,40	3.035,12
• Auflösung passiver Rechnungsabgrenzungsposten	3.458,00	3.458,00
• Versicherungserstattungen	285,71	4.185,98
• Übrige	<u>242,14</u>	<u>106,54</u>
Übertrag	25.764,50	26.715,88

	<u>2014</u> EUR	<u>2013</u> EUR
Übertrag	25.764,50	26.715,88
Periodenfremde und neutrale Erträge		
• Wassergeld Vorjahre	8.372,95	3.872,74
• Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	0,00	32,00
• Erträge aus Anlageabgängen	0,00	7.982,19
• Beitragserstattung Vorjahre	0,00	369,25
• Erträge aus der Herabsetzung der Einzelwertberichtigungen	0,00	40.294,70
	<u>8.372,95</u>	<u>52.550,88</u>
	<u>34.137,45</u>	<u>79.266,76</u>
	<u>2014</u> EUR	<u>2013</u> EUR
4. <u>Materialaufwand</u>	<u>1.207.327,55</u>	<u>1.209.789,49</u>
	<u>2014</u> EUR	<u>2013</u> EUR
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	995.051,83	1.002.524,43
Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>212.275,72</u>	<u>207.265,06</u>
	<u>1.207.327,55</u>	<u>1.209.789,49</u>

	<u>2014</u> EUR	<u>2013</u> EUR
a) <u>Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren</u>	<u>995.051,83</u>	<u>1.002.524,43</u>
	<u>2014</u> EUR	<u>2013</u> EUR
Wasserbezug Wahnbachtalsperrenverband	942.351,91	941.942,86
Materialbezug		
• Wasserzähler	18.571,80	34.375,15
• Material Hausanschlüsse	13.647,49	11.063,49
• Material Hauptrohrnetz	12.725,84	13.798,42
• Material Lagerhalle und Werkstatt	8.824,07	3.961,09
• Material Grundstücke und Hochbehälter	2.358,34	1.005,48
• Werkzeuge und Geräte	1.174,11	861,03
• Sonstige Betriebsstoffe	<u>325,76</u>	<u>0,00</u>
	57.627,41	65.064,66
Skonti	-2.477,55	-3.566,41
Inventurdifferenz	<u>-2.449,94</u>	<u>-916,68</u>
	<u>995.051,83</u>	<u>1.002.524,43</u>

Zu Wasserbezug Wahnbachtalsperrenverband

Im Berichtsjahr wurden 1.484.057 cbm (Vorjahr: 1.475.550 cbm) Wasser bezogen. Der Wasserpreis betrug rd. 63 ct/cbm inklusive des zum 1. Februar 2004 durch den Landtag NRW eingeführten Wasserentnahmeentgeltes (Vorjahr: rd. 64 ct/cbm).

	<u>2014</u> EUR	<u>2013</u> EUR
b) <u>Aufwendungen für bezogene Leistungen</u>	<u>212.275,72</u>	<u>207.265,06</u>
	<u>2014</u> EUR	<u>2013</u> EUR
Stromkosten	43.992,24	43.804,77
Fremdleistungen		
• Hauptrohrnetz	76.510,00	67.783,30
• Hausanschlüsse	<u>69.518,18</u>	<u>63.732,17</u>
	146.028,18	131.515,47
Grundstücke und Hochbehälter	9.601,86	11.784,87
Ver- und Entsorgung Lagerhalle und Werkstatt	4.037,04	5.076,34
Wasseruntersuchungen	6.569,70	12.830,00
Grundstücke und Gebäude	1.891,70	1.964,69
Brunnen und Pumpen	0,00	288,92
Steuer-, Mess- und Elektroanlagen	<u>155,00</u>	<u>0,00</u>
	<u>212.275,72</u>	<u>207.265,06</u>
	<u>2014</u> EUR	<u>2013</u> EUR
5. <u>Personalaufwand</u>	<u>604.753,75</u>	<u>531.907,94</u>
	<u>2014</u> EUR	<u>2013</u> EUR
Löhne und Gehälter	473.808,82	413.726,42
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>130.944,93</u>	<u>118.181,52</u>
	<u>604.753,75</u>	<u>531.907,94</u>